

# Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Verdi erzielt einen hohen Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst

- *Ukraine-Politik: Beifall kann töten – verbal abrüsten – S. 2*
- *Kommunalwahl in der Türkei: Stimmenzuwachs für die kurdische BDP – AKP Wahlsieger, aber keine absolute Mehrheit – S. 4*
- *Essen: Die Linke stellt im zweiten Anlauf pluralistische Liste zum Rat auf – S. 11*
- *Tarifrunde öffentlicher Dienst – soziale Komponente durchgesetzt – S. 15*
- *„Spirituelle Einheit“ oder Bruchlinien einer Nation: die orthodoxen Kirchen in der Ukraine – S. 17*

**Ausgabe Nr. 4 am 17. April 2014, Preis 4,00 Euro**

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK  
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

**Herausgegeben vom** Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

### Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung:** Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Regionales / Gewerkschaftliches:** Thorsten Jannoff, Tel. 0209/815343 oder 0178/2877571, E-Mail: t.jannoff@web.de

**Diskussion / Dokumentation:** Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

**In & bei der Linken:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Letzte Seite:** Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

**Onlineredaktion:** Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln  
**Abos:** Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

## Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

## Beifall kann töten: Verbal abrüsten!

**Informationsstand: 16.4.** So wie schon im Jugoslawien-Krieg liefern auch jetzt in der Ukraine politisch-ideologische Konflikte, die längst erledigt schienen, die politischen Formen, in denen sich die Einwohner des Landes nach Freund und Feind trennen. Da Politik, Wirtschaft und Kultur der BRD sich in diesem Konflikt positionieren, ist Kenntnis des Terrains unverzichtbar, wir verweisen dazu auf die Seiten 17 bis 21 dieser Ausgabe.

Am Donnerstag vor Ostern werden die Außenminister der in den Konflikt verstrickten Mächte zusammentreten, und es wird sich zeigen, ob ein politischer Rahmen geschaffen werden kann, in dem sich die Ukraine stabilisieren kann. Wie nur wurde die Ukraine binnen weniger Monate aus einem Land in politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu einer Gesellschaft, in der sich die Bürgerinnen und Bürger voreinander und vor auswärtigen Mächten fürchten müssen? Dazu kursieren viele Erklärungsansätze. Sind Lockungen und Drohungen des Auslands die Ursache? Des nahen Russlands? Der fernen Westmächte? Zerreißen unterschiedliche außenwirtschaftliche Orientierungen das Land? Trennen die Bürgerinnen und Bürger kulturelle Differenzen? ...

Die Präsenz all dieser Probleme, Konflikte und Gefahren ist nicht zu bestreiten. Aber dass sie zwingend in den Bürger- und Sezessionskrieg führen müssen, trifft nicht zu. Solche Konflikte können durch ausgewogene Außenpolitik, durch angemessene Gesetzgebung und faire Rechtsprechung eingehegt und gezähmt werden. Die geordnete Handhabung der politischen Macht ist im Ukraine-Konflikt

als politische Wertvorstellung hinten gesetzt worden und dies war eine Tat der modernen Mediengesellschaft. Die Kommunikationshindernisse zum slawischen Kulturraum sind für Westeuropäer hoch. Der Versuch, die Werte, von denen sich die westeuropäischen, insbesondere die deutschen Medien in ihrer Ukraine-Berichterstattung leiten ließen, zu bestimmen, ist eher schon erfolgversprechend. Rückblickend scheint diese Berichterstattung vor einer absoluten Nichtachtung des Status Quo der ukrainischen Gesellschaft, ihrer mühsam eingerichteten politischen Institutionen, ihrer wirtschaftlichen Leistungen und Bedarfe, kurz ihrer ganzen Existenz geprägt.

Aus dieser verachtenden Grundhaltung ergab sich eine kritiklose Berichterstattung über die Oppositionsbewegung, die dem Publikum hier wie den Akteuren dort die Maßstäbe ihres Handelns verdorben hat. Die öffentliche Meinung der westlichen Welt hat als moralische Instanz die Ermächtigung zum Umsturz ausgesprochen. Die wichtige Frage, ob der Bevölkerung der Ukraine und den Akteuren auf dem Maidan tatsächlich keinerlei Mittel zur Ausübung einer legalen Opposition mehr zur Verfügung standen, so dass sie keine Wahl hatten, als zu den Waffen zu greifen, wurde nicht erörtert. Man hat sich nicht mit der Kritik, der Opposition und dem Widerstand gegen eine belastende Regierung solidarisiert. Das Motiv war vielmehr die Westbindung der Ukraine, die man sich von den oppositionellen Kräften versprochen hat.

Die politischen Institutionen, die es einem Land ermöglichen, Auswege aus harten Konfliktlagen zu finden,

### Der frühere Generalinspekteur Harald Kujat sieht militärische Impotenz

In einem Interview mit der „Stuttgarter Zeitung“ äußert der frühere General Harald Kujat schwere Bedenken gegen die Ukraine-Politik der Bundesregierung und der Nato. Kujat war Generalinspekteur der Bundeswehr und danach bis 2005 Vorsitzender im Nato-Militärausschuss. Das Militärbündnis, so Kujat, habe mit dem Einfahren der „Friedensdividende“ übertrieben. Es sind „Streitkräfte, die vor allem auf Krisenintervention ausgerichtet sind, nicht automatisch fähig zur Landes- und Bündnisverteidigung“. Kujat macht das auf Nachfrage unter anderem an den Panzerkräften fest. „Im Jahr 2000 verfügten wir über 4800 modernste Kampfpanzer – jetzt nach zwei Bundeswehrreformen, sind es nur noch 225.“ Kujat fordert die Nato und Deutschland auf,

wieder zu ihren „Kernaufgaben“ zurückzufinden, „also zur kollektiven Verteidigung“. Im Moment hätte die Nato große Mühe, Polen oder die baltischen Staaten zu schützen.

Bezüglich der Ukraine rät Kujat zu einer Erklärung, dass die Nato das Land nicht aufnehmen will. Er meint, das sei realistisch angesichts der Tatsache, dass Russland alle seine strategischen Ziele ohne Gewalt erreichen könne und die Nato das nur mit Gewalt verhindern könne.

„Wenn es weder die Möglichkeit noch den Willen gibt, zu agieren, darf man militärisch auch nicht drohen“, meint Kujat. Ein Friedensengel ist der Ex-General nicht, die Klage über mangelnde Fähigkeiten ist die Aufforderung zu einer Auf- und Umrüstung. (Stuttg. Ztg, 14.4.2014)

können nicht von einem Tag auf den anderen platziert werden. Sie müssen sich bewähren. Die in der Ukraine eingetretene Zerstörung des politischen Zutrauens der Bürgerinnen und Bürger zueinander hat den Ruf nach regulierenden Kräften des Auslands, nach den Westmächten hier, nach Russland da, ausgelöst. Der Ukraine-Konflikt ist mithin internationalisiert, die verfassungsrechtliche Situation der Ukraine ist Gegenstand von Vereinbarungen mit dem Ausland geworden.

Eine Verständigung der Menschen in der Ukraine wird ohne starke Rechte der gegeneinander aufgebrachten Regionen und ohne starken Rechte der jeweiligen Minderheiten in diesen Regionen nicht gelingen können. Modelle der Neutralität, wie sie z.B. in der Nachkriegszeit entwickelt wurden, um die

Vier-Mächte-Besetzung Österreichs beenden zu können, könnten ebenfalls hilfreich sein.

Nicht hilfreich ist eine lässige Art der Beurteilung der gesellschaftlichen Ordnung anderer Länder, die einen korrigierbaren Anlass wie die Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU als hinreichenden Anlass anerkennt, zu den Waffen zu rufen und zu greifen.

Die Staatenwelt verhandelt, und es ist ungewiss, ob ein Ausweg gefunden wird. Wenn die öffentliche Meinung in der BRD etwas zur Stabilisierung der Ukraine beitragen soll, wird sie sich von einer Haltung trennen müssen, die in den Konflikten der Nachbarländer lediglich nach Parteigängern und Gesinnungsfreunden sucht.

*Martin Fochler, Alfred Küstler*

## Linke-Bundestagsfraktion uneins über Fregatteneinsatz

Am 9. April stimmte der Bundestag über die „Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am maritimen Begleitschutz bei der Hydrolyse syrischer Chemiewaffen an Bord der Cape Ray im Rahmen der gemeinsamen VN/OVCW-Mission zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen“ ab. Der Antrag fand eine große Mehrheit; die Linke war in dieser Frage gespalten: 5 Abgeordnete stimmten mit Ja (u.a. Dietmar Bartsch) 35 mit Nein und 18 enthielten sich (u.a. Gregor Gysi); 6 beteiligten sich nicht an der Abstimmung. Paul Schäfer, ehemaliger Bundestagsabgeordneter, hat vor der Abstimmung für seine Argumente geworben. Wir dokumentieren geringfügig gekürzt.

### Brief von Paul Schäfer an die Bundestagsfraktion Die Linke

Liebe Genossinnen und Genossen, Als verteidigungspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von 2005 bis 2013 (und als abrüstungspolitischer Sprecher 2005 bis 2009) erlaube ich mir, ein paar Gedanken zu formulieren und einen Rat, wie die Fraktion damit umgehen sollte.

Es scheint unstrittig zu sein, dass die durch US-amerikanisch-russische Vermittlung zustande gekommene Vereinbarung über die völlige Zerstörung der syrischen Chemiewaffen, der die Erklärung der syrischen Regierung dem Abkommen über das Verbot chemischer Waffen beizutreten, ein extrem positiver Schritt ist. Die UNO hat in Verbindung mit der Organisation für das Verbot chemischer Waffen die Federführung übernommen, auch dies halte ich für unterstützenswert.

Uns allen dürfte bewusst sein, dass mit diesen Vereinbarungen letzten September eine bewaffnete Intervention von außen – unter Führung der USA – verhindert wurde. Nur mit

diesem Abkommen wurde überhaupt die Chance einer diplomatisch-politischen Friedenslösung gewahrt. Aber ganz abgesehen davon, ist diese Abrüstungsmaßnahme aus Sicht der syrischen Zivilbevölkerung ein Muss!

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland will sich an der Zerstörungsaktion beteiligen, die ursprünglich nur auf hoher See stattfinden sollte, und hat dafür die Kapazitäten der Gesellschaft zur Entsorgung von chemischen Kampfstoffen und Rüstungsaltslasten (Geka) in Munster angeboten. Dort sollen die auf einem US-Schiff per Hydrolyse bereits delaborierten Giftstoffe endgültig entsorgt werden. Damit soll der Fortgang des zuletzt schleppenden Abrüstungsprozesses gesichert und beschleunigt werden. Es gibt aus meiner Sicht keinen einzigen Grund, weshalb sich Deutschland nicht an dieser Abrüstungsmaßnahme beteiligen sollte.

Nun soll zusätzlich die Fregatte Augsburg zum Schutz des US-Schiffes, auf dem die Zerstörung der chemischen Waffen stattfindet, in Marsch gesetzt werden. Was ist daran verwerflich? Wer A sagt, muss auch B sagen. Wenn wir die Abrüstung chemischer Waffen aus Syrien für richtig halten und sich Deutschland aktiv daran beteiligt – weil es dafür Kapazitäten hat – dann kann man sich kaum verweigern, wenn es um den Transport dieser tödlichen Substanzen oder die Absicherung dieses Prozesses geht.

Wer soll ansonsten diesen Schutz übernehmen?

Deutschland dürfe sich nicht beteiligen, weil es im syrischen Bürgerkrieg de facto Konfliktpartei geworden sei, wird gesagt. Erstens, wäre diese Behauptung genauer zu überprüfen, zweitens aber, dürfte sich, wenn es

danach ginge, keine der Parteien – ob USA oder Russland – an der Vernichtung der syrischen C-Waffen beteiligen. Die C-Waffen müssen von denjenigen zerstört werden, die dafür die geeigneten Möglichkeiten haben – und das sind ganz wenige Staaten, unter anderem Deutschland!

Dass die deutsche Fregatte zu völlig anderen Zwecken missbraucht werden könnte (Angriffe auf Syrien, Iran etc.), wurde auch schon in einschlägigen Kreisen geschrieben. Das sind doch sehr kühne Spekulationen.

Die deutsche Beteiligung habe mit dem auf der Münchner Sicherheitskonferenz formulierten Anspruch auf mehr deutsche Verantwortung in der Welt zu tun und dort sei unverhohlen einer weiteren Militarisierung deutscher Außenpolitik das Wort geredet worden – ein weiteres Argument. Das mag stimmen und Außenminister Steinmeier hat selbst diesen Zusammenhang in seiner Rede hergestellt. Aber was folgt daraus? Dass man dann nicht mehr eigentlich als sinnvoll erachtete politische Maßnahmen – hier die Abrüstung von C-Waffen – unterstützen kann? Eine solche Position, die nur in den Kategorien Entweder–Oder denkt, wird der deutschen Öffentlichkeit wohl kaum zu vermitteln sein. Diese teilt nicht unsre machtkritisch/ideologischen Projektionen, sondern will wissen, ob wir für die deutsche Beteiligung an dieser Abrüstung sind oder nicht.

Bleibt schließlich die Frage nach der Vereinbarkeit einer Ja-Option mit unserer Parteiprogrammatik. Der vorliegende Fall wird nach meiner Auffassung nirgendwo erfasst, weder im Grundsatz- noch im Wahlprogramm der Partei. Klar ist eins: Die Linke ist für die totale Abrüstung der Massenvernichtungswaffen. Das galt also auch für die syrischen C-Waffenpotenziale. Wenn Deutschland dazu etwas beitragen kann, sollte es dies tun. Was wir nicht geregelt und ausgespart haben, ist, dass paradoxerweise Abrüstungen eben auch nur unter Einbeziehung militärischer Kräfte und Experten/Expertinnen möglich ist. Man wird an dieser Stelle mit einer Haltung „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“ nicht weiterkommen.

Daher lege ich Euch dringend nahe, den Antrag der Bundesregierung auf keinen Fall abzulehnen und sogar ein Ja zu prüfen (dafür müsste aber noch der genaue Antragstext vorliegen). Denn hier geht es mitnichten darum, unseren Antimilitarismus aufzuweichen, sondern darum unsere abrüstungs- und friedenspolitische Glaubwürdigkeit zu unterstreichen. Diese Glaubwürdigkeit der Linken als Abrüstungspartei würde Schaden nehmen, wenn wir uns indifferent verhalten, von einem überhaupt nicht nachvollziehbaren Nein ganz zu schweigen. Köln, 1.4.2014

# Stimmenzuwachs für die kurdische BDP – AKP Wahlsieger, aber verfehlt absolute Mehrheit

Das amtliche Wahlergebnis der Kommunalwahl 2014 in der Türkei steht noch lange nicht fest. In mehreren Städten und Kommunen wird am 1. Juni noch einmal gewählt, nach dem die entdeckten Manipulationen doch zu heftig waren. Das bisherige Ergebnis der Kommunalwahlen sieht so aus:

AKP = 45 % (2009 = 40,11 %), CHP = 25 % (28,81), MHP = 18 % (14,66), BDP/HDP = 6,2 % (5,04).

Die AKP hat die Kommunalwahlen gewonnen. Aber sie verfehlte ihre eigentlichen Wahlziele, die absolute Mehrheit zu erringen und in den kurdischen Provinzen den Einfluss der BDP zurück zu drängen. Erdogan wollte unabhängig von anderen Parteien agieren können, dieses Ziel hat er verfehlt. In diesem Jahr finden auch noch die Präsidentschaftswahlen statt. Erdogan will hier kandidieren. Der jetzige Staatspräsident Gül soll höchstwahrscheinlich Ministerpräsident werden. Der Wahlkampf war deshalb ganz allein auf die Person Erdogan zugeschnitten gewesen. Die Hoffnung, dass die Kritik an Korruption und Politik der AKP nach einem Sieg in den Kommunalwahlen verstummt, hat sich



Newroz-Feiern in Diyarbakir (Bild links) und Van (Bild rechts)

nicht bewahrheitet. Vielmehr tauchten neue Korruptionsesthüllungen auf. Erdogan verschärfte daraufhin weiter die Internetzensur. Das Wahlergebnis zeigt eine zerrissene Türkei. Die vielen Stimmen der AKP werden die Polarisierung der türkischen Gesellschaft weiter vorantreiben. CHP und MHP, die konkurrierenden Parteien im Westen der Türkei, machten einen Wahlkampf unter dem Motto „Rettet die Republik vor Erdogan“. Für

eine Erneuerung oder Demokratisierung der politischen Strukturen der Türkei, z.B. Abschaffung der Zehn-Prozent-Hürde, Abschaffung weiterer Antiterrorgesetze oder Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung gegen die Allmacht des Zentralstaates stehen diese Parteien nicht. Ihre Verluste sind diesem Stillstand geschuldet.

Der Vorsitzende der BDP, Selahattin Demirtas, sagte, dass das Konzept der Partei einer „demokratischen Auto-

## Wahlmanipulationen

Ein Auszug aus der Pressemitteilung von Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Harald Weinberg (alle MdB Die Linke), Martin Dolzer (Kandidat Europäisches Parlament, Die Linke), Marion Padua (Stadträtin Linke Liste Nürnberg), Yilmaz Kaba (Landesvorstand Die Linke Niedersachsen), die als Wahlbeobachter in den kurdischen Provinzen waren:

„In Ankara lagen die Republikanische Volkspartei (CHP) und in Ceylanpinar (Serê Kanîyê) und in Hasankeyf (Heskîf) die Partei für Frieden und Demokratie (BDP) während der weit fortgeschrittenen Stimmauszählung bei den türkischen Kommunalwahlen am Sonntag 30. März klar vor der AKP von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan. Dann gab es Stromausfälle in allen drei Städten. Wahlbeobachter/innen aus Delegationen im Auftrag von Bundestagsabgeordneten der Linken berichten von Manipulationen während des Stromausfalles. So wurden beispielsweise Wahlhelfer/innen von Polizisten daran gehindert, bei den Stimmzetteln zu bleiben. In Ceylanpinar wurden 1.500 Wahlzettel mit Stimmen für die BDP auf einer

Müllhalde gefunden, in Hasankeyf ebenfalls hunderte verbrannte Stimmen für die BDP. Die Auszählungen nach den Stromausfällen ergaben dann jeweils sehr fragwürdige knappe Siege für die AKP.

Gegen die daraufhin entstandenen Proteste aus der Bevölkerung gingen Polizisten und AKP-Anhänger brutal vor. In Ankara griff die Polizei Demonstrant/innen mit Wasserwerfern und Schlagstöcken an, in Ceylanpinar ging der Kandidat der AKP gemeinsam mit etwa 150 Mitgliedern und Sympathisanten der Al Quaida Gruppe „Al Nusra Front“ aus Syrien mit körperlicher Gewalt gegen eine Menschenmenge vor dem Büro der BDP vor. Die Beteiligung der Al-Nusra-Söldner in Kampfanmärschen wurde von Fernsehkameras dokumentiert.

Während die Beschwerden der BDP in Ceylanpinar und Hasankeyf von der Wahlbehörde zurück gewiesen wurden, ließ diese die Wahl in Agri (kur. Agirî), auf Beschwerde der AKP, ganze 15mal neu auszählen. Bei jeder Auszählung wurde der knappe Wahlsieg der BDP bestätigt. Polizei und Geheimdienst bedrohen seit den Wah-

len die Bevölkerung. In Agri hatte die AKP die letzten drei Kommunalwahlen unter ähnlich widrigen Bedingungen gewonnen. Nun soll dort am 1. Juni erneut gewählt werden.

Ankara, Ceylanpinar, Hasankeyf und Agri sind in der Türkei auf unterschiedliche Weise strategisch wichtig. Ankara selbstredend als Hauptstadt. Ceylanpinar, als türkisch-syrische Grenzstadt, die islamistischen Kämpfern als Ausgangsbasis und Rückzugsort für Angriffe auf die kurdischen Regionen in Syrien (Rojava) dient. Berichten zufolge unterstützt die türkische Armee die Gruppen der Al Quaida für ihre Angriffe auch mit Waffen, Geld und Sondereinheiten. Der Ort befindet sich seit der Wahl in einem Ausnahmezustand. Für 30 Tage wurden Versammlungen verboten, seit einer Woche ist der Aus- und Zugang zur Stadt blockiert. In der Region Hasankeyf wird gegen massive Proteste der Bevölkerung ein Staudamm gebaut. Mehr als 80000 Menschen sollen umgesiedelt, Weltkulturerbe zerstört werden. Die AKP gewann dort nach dem Stromausfall mit acht Stimmen Mehrheit.“



Von hell nach dunkel Mehrheit in der Region für: BDP, Ahmet Turk (BDP), AKP, MHP, CHP

nomie“ die Wähler überzeugt habe. „Die kommunalen Dienste sollen mehrsprachig und multikulturell angeboten werden. Die Rathäuser und Kommunalverwaltungen sollen für die erforderliche Infrastruktur dafür sorgen, von der Bildung bis zur Gesundheitspflege in der Muttersprache. Wir werden uns bemühen, Textbücher auf Kurdisch zu entwickeln und kurdische Musterklassen an den Schulen zu errichten. Wir haben dies den Menschen versprochen, und die Menschen haben uns dafür gewählt.“ „Die BDP hat ihr Ziel erreicht. Es ist ihr gelungen die AKP in Kurdistan zurückzudrängen.“ Die kurdischen Provinzen, in denen die BDP die Mehrheit gewonnen hat, bilden einen zusammenhängenden Block und einen Puffer entlang der Grenzen zum Iran, Irak und Syrien.

Die BDP hat in drei kurdischen Großstädten (Diyarbakir, Mardin und Van)

sowie in elf kurdischen Provinzen die absolute Mehrheit errungen. Zu den Provinzen Van, Hakkari, Diyarbakir, Batman, Siirt, Dersim, Iğdir und Şırnak, die die kurdische Partei schon 2009 gewonnen hatte, sind jetzt auch die Provinzen Bitlis, Ağrı und Mardin hinzu gekommen. In Mardin war Ahmet Türk, ehemals Vorsitzender der 2009 verbotenen kurdischen DTP und Fraktionsvorsitzender im Parlament, als unabhängiger Kandidat gewählt worden. In mehr als 100 Kommunen und Kreisen hat die BDP die Bürgermeisterposten und Kommunalparlamente gewonnen.

Die in Kurdistan verhasste CHP erreichte in den kurdischen Provinzen knapp 2 % der Stimmen. Die erstmals angetretenen islamistische Hüda Partisi hat in Diyarbakir vier, in Batman acht und in Mardin zwei Prozent der Stimmen bekommen. Diese Stimmen

kamen im Wesentlichen von ehemaligen BDP-Wählern. Die Kandidatin der BDP in Diyarbakir, die Ko-Parteivorsitzende und Parlamentsabgeordnete Gültan Kisanak, erreichte 57 % gegenüber 65 % in den Wahlen 2009.

Viele Manipulationen beeinträchtigten die Wahlen. In 40 Städten kam es während der Stimmauszählung zu Stromausfällen. In der Hauptstadt Ankara hatte danach der AKP-Kandidat ein Prozent mehr Stimmen als der CHP-Kandidat, der vor dem Stromausfall deutlich vorne lag. Auch in mehreren kurdischen Städten wurde so die AKP zum Wahlsieger erklärt.

Im Westen der Türkei war die BDP mit mehreren sozialistischen Organisationen gemeinsam als HDP zu den Wahlen angetreten. In Istanbul erreichte ihr Kandidat vier Prozent, in den übrigen Provinzen kam sie auf zwei Prozent.

Die AKP hat es nach diesen Wahlen mit einer gestärkten BDP zu tun. Die AKP wird sehr rasch mit der Forderung nach einem Wiederaufleben des Friedensprozesses mit der kurdischen Bewegung konfrontiert werden. Auch wurde der AKP vor Augen geführt, dass die Kurden keinen Krieg mit den Nachbarstaaten Syrien, Irak oder Iran wollen und die bisherigen Strategien der AKP für den Mittleren Osten nicht die Unterstützung der Kurden erfahren. Dies werden hoffentlich auch die USA und die deutsche Bundesregierung bemerkt haben, die in den Syrienkonflikt tief verstrickt sind.

*Rudolf Bürgel*

## Paraguay: Große Beteiligung am Generalstreik

Mehrere zehntausend Menschen folgten Ende März einem landesweiten Aufruf zum Generalstreik in Paraguay. Bereits in den frühen Morgenstunden hatten Kleinbauern und Landlose wichtige Verkehrsstraßen in der Hauptstadt Asunción blockiert. Teilweise waren sie aus weit entfernten Regionen angereist. Allein 20 000 von ihnen schlossen sich nach Angaben der Tageszeitung Última Hora am frühen Nachmittag der Hauptkundgebung vor dem Parlamentsgebäude im Zentrum der Stadt an. Der Streik verlief den ganzen Tag über friedlich. Organisiert hatten den landesweiten Streik vor allem Paraguays größte Arbeitergewerkschaft CUT (Central Unitaria de Trabajadores de Paraguay), die Bauernorganisation FNC (Federación Nacional Campesina) sowie Schüler- und Studentenvereinigungen. Zahlreiche weitere soziale Organisationen und Gewerkschaften schlossen sich dem Aufruf an. Der Protest richtet sich allgemein gegen die neoliberale Politik der Regierung des

amtierenden Präsidenten Horacio Cartes. Der Vorsitzende der Colorado-Partei hatte im August 2013 das Amt angetreten. Die CUT-Anhänger verlangen eine Anhebung des Mindestlohns um 25 Prozent. Die Studenten wiederum kämpfen weiter um eine Senkung des Busfahrpreises. Paraguays oft schrott-reife Busse sind das wichtigste Verkehrsmittel im Land. Alternativen im öffentlichen Nahverkehr gibt es keine. Eine weitere wichtige Streikpartei bilden die Kleinbauern und Landlosen. Sie leben meist in bitterer Armut und kämpfen seit vielen Jahren für eine Landreform. Immer wieder besetzen sie Ländereien der Großgrundbesitzer, auf die sie Anspruch erheben. Dabei kommt es oft zu gewaltsamen Zusammenstößen mit den reichen Sojabauern oder der Polizei. Einige inhaftierte Bauern sind vor einigen Wochen in den Hungerstreik getreten. Trotz der unterschiedlichen Forderungen sind sich die Teilnehmer in einer Sache einig: Sie alle lehnen das sogenannte Gesetz

für öffentlich-private Partnerschaften (PPP) ab. Dieses hatte das Parlament im vergangenen Herbst verabschiedet und damit den Weg frei gemacht für Beteiligungen des privaten Sektors an öffentlichen Dienstleistungsbereichen und Infrastrukturprojekten. Solche Partnerschaften kann der Präsident laut Gesetz weitgehend eigenständig beschließen. Viele befürchten, dass sich dadurch ein beschränkter Kreis von Politikern und Unternehmern bereichern kann.

Präsident Cartes reagierte prompt auf den Generalstreik. Bereits wenige Stunden nach Beginn der Aktionen erklärte er seine Bereitschaft zum Dialog. Nun soll am runden Tisch diskutiert werden. Die Studentenvereinigungen und die CUT begrüßten das Angebot des Staatsoberhauptes. Die FNC-Bauern lehnten es ab und verlangten als Voraussetzung für Gespräche die Abschaffung des Gesetzes für öffentlich-private Partnerschaften.

Quelle: <http://amerika21.de>, 29. 3. 2014

## Norwegen: Unterstützung nach sechsmonatigem Streik

Die Hafenbeschäftigten Norwegens setzen ihre Streiks in Häfen des gesamten Landes fort. Gemäß dem Übereinkommen 137 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und der ITF-Klausel zur Hafenarbeit dürfen nur ausgebildete, qualifizierte Hafenbeschäftigte Ladungsumschlagstätigkeiten ausführen. Einige norwegische Arbeitgeber haben jedoch erklärt, dass sie beabsichtigen, Seeleute im Ladungsumschlag einzusetzen, was einem Verstoß gegen das Übereinkommen gleichkommt. Der Vorsitzende der ETF-Sektion Häfen, Terje Samuelsen, erklärte: „Der NTF will lediglich, dass sich die Arbeitgeber an die Bedingungen des nationalen Vertrags halten. Wir fordern, dass die Hafenbeschäftigten ein Vorzugsrecht auf Umschlagsarbeiten haben und dass Seeleute keine Ladung umschlagen sollen. Die Unternehmen haben jedoch beschlossen, den Hafenbeschäftigten dieses Recht abzusprechen.“ „Das ist ein Angriff auf unsere Rechte. Wenn wir in dem Arbeitskonflikt klein beigeben, würden wir den nationalen Vertrag über das Recht der Hafenbeschäftigten auf Ladungsumschlag gemäß IAO-Übereinkommen 137 aufgeben, das Norwegen ratifiziert hat, und die ITF-Klausel zur Hafenarbeit ignorieren.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 2.4.2014

## Belgien: Weitere Angriffe auf Hafenbeschäftigte

Die Vereinigten Gewerkschaften für den Hafen von Antwerpen (GVHA), ein Zusammenschluss der Gewerkschaften ABVV-BTB, ACV Transcom und ACLVB, ist in einen Arbeitskonflikt mit dem Unternehmen Logisport verwickelt, das versucht, den vom belgischen Hafenbeschäftigtengesetz geschützten Status der Hafenbeschäftigten auszuhöhlen. Über 250 Hafenbeschäftigte beteiligten sich am 21. März an verschiedenen Aktionen, darunter auch Blockaden am Gate von Katoen Natie auf Kai 1227. In einer Erklärung der GVHA heißt es: „Wir standen nie im Ruf, uns blindlings in Arbeitsk Kampfmaßnahmen zu stürzen. Wir haben immer versucht, Lösungen auf dem Verhandlungswege zu finden. Die Erklärungen und Schreiben von Herrn Huts (von Logisport) in den letzten Monaten lassen uns jedoch keine andere Wahl.“ Nach Arbeitsk Kampfmaßnahmen durch GVHA-Mitglieder im Juni 2013 wegen Verstößen von Logisport gegen das Hafenbeschäftigtengesetz wurde vereinbart, eine Lösung über einen sozialen Dialog zu finden. Bislang allerdings sind trotz Schlichtungsversuchen durch einen Gemeinsamen Unterausschuss alle Bemühungen von

GVHA, mit der Geschäftsführung in Verhandlungen zu treten, gescheitert. In der Zwischenzeit wurden Bedenken laut, wonach sich bei einer Entscheidung Ende März herausstellen könnte, dass das belgische Hafengesetz im Widerspruch zum EU-Hafenrecht steht. Angeblich gab es Beschwerden einiger Arbeitgeber im Hafen von Antwerpen, die von der EU-Kommission wohlwollend aufgenommen wurden. Die Sekretärin der ETF-Sektion Häfen, Livia Spera, erklärte: „ETF und ITF kritisieren gemeinsam die Haltung der EU-Kommission, die in den letzten Jahren förmlich dazu angehalten hat, Beschwerde gegen die Organisation der Arbeit in den Häfen einzureichen. Das steht nicht im Einklang mit der erklärten Absicht, den sozialen Dialog zu unterstützen, denn Verstoßverfahren und Klagen verschärfen nur soziale Unruhen und lösen Arbeitsk onflikte aus.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 26. März 2014

## Schweiz: Gegen Franchise in der Betagtenbetreuung

Das Netzwerk Respekt@vpod hat vor dem Hauptsitz in Möhlin gegen die Geschäftsmethoden der Home Instead Schweiz AG protestiert, die aus der Betagtenbetreuung ein profitables Business machen will: Mit der Organisation als Franchising-System kassiert Home Instead sichere Gewinne, die Risiken wälzt sie ab auf die Franchisenehmer. Respekt@vpod verlangt, dass bei einer Übernahme nicht nur die Kundenschaft, sondern auch die Angestellten übernommen werden, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist. Angestellte, die sich beim Vpod (Verband des Personals öffentlicher Dienste) beraten ließen, haben Arbeitsverträge, in denen sie „freiwillig“ auf die Pensionskassenversicherung verzichten. Die Pensionskassenversicherung der Löhne ab einer bestimmten Lohnhöhe ist aber obligatorisch. Die Verträge mit dieser klar rechtswidrigen Bestimmung kommen laut Auskunft des Franchisenehmers von Home Instead Schweiz AG. Nicht nur die Pensionskasse fehlt. Die Anstellungsbedingungen sind generell schlecht: Arbeit auf Abruf ohne Anspruch auf ein verlässliches Einkommen, keine Bezahlung von Wegzeiten und Spesen bei Fahrten zwischen den Kunden. Bei einer dem Vpod bekannten 24-Stunden-Betreuung werden nur 7,5 Stunden zu einem zu tiefen Stundenlohn bezahlt, obschon weit mehr Stunden gearbeitet werden und obschon auch die reine Präsenzzeit rund um die Uhr entschädigt werden muss. Die Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge, die laut Arbeitsvertrag des 24-Stunden-Betreuers im Bruttolohn berücksichtigt sind, werden nicht bezahlt. Respekt@vpod verurteilt die

Geschäftsmethoden von Home Instead Schweiz AG und fordert Home Instead Schweiz AG auf, Verantwortung für die Anstellungsbedingungen zu übernehmen. Von den Kantonen fordert der Vpod mehr Geld für die gemeinnützige Spitex, die landesweit rund 80 Prozent der Spitex-Leistungen erbringt.

Quelle: <http://www.vpod.ch>, 10.3.2014

## Türkei: Entlassungen wegen Gewerkschaftsmitgliedschaft

Das Schweizerische Unternehmen Georg Fischer hat Mitglieder der Gewerkschaft Lasti-Is abgestraft, weil sie sich beim türkischen Tochterunternehmen „Georg Fischer Hakan Plastik“ organisiert haben. Das Unternehmen ist einer der Marktführer in den Bereichen Rohrleitungsbau, Automobilzulieferer und Maschinenbau. Die grundlegenden Rechte der Mitglieder von Lasti-Is, der Gewerkschaft der Beschäftigten in der Öl-, chemischen und Gummi-Industrie in der Türkei, einem Mitgliedsverband des nationa-



len Gewerkschaftsverbandes DISK und der globalen Gewerkschaft IndustriALL, werden von Georg Fischer mit Füßen getreten. Das Management vor Ort hat 37 der aktivsten Gewerkschaftsmitglieder allein deswegen rausgeschmissen, weil sie ihr Recht auf Vereinigungsfreiheit wahrgenommen haben. Jetzt werden die Beschäftigten zu Einzelgesprächen mit dem Management einbestellt, wo sie dann eingeschüchtert und aufgefordert werden, ihre Mitgliedschaft bei Lasti-Is zu kündigen. Das alles passiert, obwohl die Gewerkschaft offiziell vom türkischen Arbeits- und Sozialministerium anerkannt ist. Lasti-Is repräsentiert mehr als die Hälfte der Belegschaft. In der Türkei ist das die Bedingung, um offiziell Verhandlungspartner des Arbeitgebers zu werden. Georg Fischer hat jeden Versuch von Gesprächen auf internationaler Ebenen abgelehnt.

Quelle: <http://www.mutiwatch.ch>, 5.4.2014

## Swasiland: Gewerkschaft setzt sich mit Streik durch

Die der ITF angeschlossene Swasiland Transport & Allied Workers' Union (Stawu) hat vom Arbeitgeber Swasiland Airlink einen Ausgleich für gestiegene Lebenshaltungskosten erkämpft.

Sie verzeichnete damit einen doppelten Sieg im Disput mit der Luftfahrtbehörde des Landes. Auf einer Pressekonferenz am 27.3. Woche gab Stawu bekannt, dass die Gewerkschaft nach einer einmonatigen harten Auseinandersetzung und mit Hilfe internationaler Solidarität ihre Ziele gegenüber der Luftfahrtbehörde Swaziland Civil Aviation Authority (Swacaa) durchsetzen konnte. Wie die Gewerkschaft mitteilte, hat sich Swacaa bereit erklärt, die Disziplinarmaßnahmen gegen 19 führende Gewerkschafter und Aktivisten fallenzulassen. Auch das strafrechtliche Verfahren gegen fünf der 19 Beschuldigten wird wohl eingestellt. Stawu zufolge erhalten alle Swacaa-Beschäftigten außerdem zusätzlich zur fünfprozentigen Gehaltserhöhung, die im September 2013 erreicht wurde, eine Erhöhung um weitere fünf Prozent. Sorge bereitet der Gewerkschaft allerdings weiter der Versuch, das Recht der Gewerkschaften auf gewerkschaftliche Maßnahmen durch einen Antrag der Swacaa auf Klassifizierung einer ganzen Reihe von Flughafendienstleistungen als „wesentliche Dienste“ zu beschneiden. Mit zweifelhaften Argumenten rechtfertigte die Behörde die Klassifizierung, die angeblich nötig sei, um die betrieblichen Normen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) einzuhalten. Dazu der Sekretär der ITF-Sektion Zivilluftfahrt, Gabriel Mocho: „Stawu ist seit längerer Zeit unter Druck. Trotz der ständigen Repressalien hat unsere Gewerkschaft es geschafft, die Regierung dazu zu bringen, die Bedingungen der Beschäftigten zu verbessern. Das ist ein wichtiger Erfolg.“ Vor einigen Wochen besuchte eine ITF-Delegation Swasiland, um den Vorwürfen, es fänden gewerkschaftsfeindliche Aktionen statt, nachzugehen und sich mit verschiedenen Angelegenheiten zu befassen, darunter auch den Anklagen gegen die 19 Stawu-Mitglieder.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 31. März 2014

## **Katar: 4 000 Tote bei Bauarbeiten befürchtet**

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) hat seine Kritik an der geplanten Fußball-WM in Katar verschärft und darauf hingewiesen, dass trotz der im letzten Jahr publizierten Arbeitnehmercharta die Zahl der Todesfälle unter den Arbeitsmigranten weiter zunimmt. In einem im März veröffentlichten Sonderbericht prognostiziert die Organisation, dass bis zu 4 000 Arbeitskräfte bis 2022 ums Leben kommen könnten, wenn sich an den Arbeitsbedingungen vor Ort nichts ändert. Die IGB beruft sich auf Statistiken der Botschaften Nepals und Indiens, deren Staatsbürger rund 50% aller Wanderarbeitskräfte in Katar

ausmachen. Kritisiert wird insbesondere das System der Kafala, nach dem die Beschäftigten praktisch alle Rechte an ihren Arbeitgeber abgeben, der für sie bürgt, und sich damit in eine Art Leibeigenschaft begeben (vgl. Ausgabe 10/13). Die Organisation fordert u. a. eine Beendigung dieses Systems, die Einführung eines existenzsichernden Mindestlohns sowie Gesetze zur Versammlungsfreiheit und Tarifverhandlungen.

Quelle: <http://www.migration-info.de>, 3.4.2014

## **Kambodscha: Streikmaßnahmen geplant**

Um der Regierung mehr Zeit zu geben und eine weitere Eskalation zu vermeiden, haben 16 gewerkschaftliche Organisationen die für den März geplanten Streikmaßnahmen („Zu Hause bleiben“/ „In die Fabrik gehen, aber nicht arbeiten“) in den April verlagert. In den letzten Tagen haben sich Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes (International Trade Union Confederation ITUC) in Pnom Penh getroffen und die Forderungen der kambodschanischen Beschäftigten nach einer Anhebung des Mindestlohnes auf 160 Dollar, nach juristischer Klärung der Tötung von fünf Aktivisten bei der Niederschlagung der Demonstrationen im Januar 2014 und nach Freilassung der seitdem gefangenen 21 Kollegen unterstützt (Bericht Cambodia Daily). Damit unterstreichen sie noch einmal die Forderungen, die die Internationale Gewerkschaft IndustriAll zusammen mit 30 Markenfirmen, darunter adidas, C&A, Esprit, H&M, Primark, puma, Tchibo und Inditex (Zara), im Februar in einem offenen Brief an den Premierminister erhoben hat. Auch die Internationale Arbeitsorganisation ILO kritisiert öffentlich die Arbeitsbedingungen in zahlreichen Textilfabriken Kambodschas.

Quelle: <http://lohnzumleben.de>, 22.03.2014

## **USA: Shuttle-Fahrpersonal kämpft um Arbeitsplätze**

Das Shuttle-Fahrpersonal auf dem Flughafen von Denver (USA) demonstrierte vergangene Woche vor dem Sitz des Arbeitgebers SuperShuttle gegen drohende Lohn- und Arbeitsplatzkürzungen. Man hatte dem Fahrpersonal, das von der der ITF angeschlossenen Gewerkschaft Communications Workers of America (CWA) vertreten wird, Anfang März mitgeteilt, dass es sich um die eigenen Arbeitsplätze neu bewerben müsse. Zudem hatte das Unternehmen Verhandlungen mit der Gewerkschaft abgebrochen und den Beschäftigten einen neuen Vertrag auferlegt, der Lohnkürzungen um 30 Prozent vorsah. Die Frist für die Neubewerbung um die Arbeitsplätze

war zudem auf unbestimmte Zeit verlängert worden, was für weitere Verwirrung und Unsicherheit bei den Beschäftigten sorgte. An der Demonstration beteiligten sich auch Mitglieder der Amalgamated Transit Union (ATU) und des amerikanischen Gewerkschaftsdachverbands AFL-CIO. SuperShuttle, eine Tochter von Veolia Transportation, dem US-Unternehmen des französischen Multis Transdev, ist seit Verhandlungsbeginn im Januar 2012 durch eine gewerkschaftsfeindliche Taktik auffällig geworden. Berichten zufolge engagierte SuperShuttle einen auf „Gewerkschaftsbekämpfung“ spezialisierten Anwalt. Wie es hieß, habe das Unternehmen außerdem die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten ohne vorherige Rücksprache geändert. Dazu der Sekretär der ITF-Binnenverkehrssektionen, Mac Urata: „Das gewerkschaftsfeindliche Vorgehen dieses Unternehmens steht wieder einmal in krassstem Gegensatz zur vorherrschenden guten Praxis. Wir haben uns in Abstimmung mit unseren Partnern in Frankreich zweimal beim Vorstandsvorsitzenden und CEO von Transdev beschwert und werden auch weiterhin bei der Unterstützung unserer Kolleginnen und Kollegen zusammenarbeiten.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 27. März 2014

## **Brasilien: „Bei der WM wird gekämpft“**

„Na Copa vai ter luta“ – so heißt der Bericht vom Treffen zahlreicher Gewerkschaften, sozialer Organisationen, Jugendverbänden und Nachbarschafts- sowie Betroffenenvereinigungen bei der CSP Conlutas (Central Sindical e Popular), das am 22. März 2014 in São Paulo auf der Anlage der Gewerkschaft der Metrobeschäftigten stattfand. Im Mittelpunkt der Debatten der über 2.500 Teilnehmer, die Hunderte von Organisationen und Netzwerken vertraten, stand eine Zahl: 34 Milliarden Reais (etwa 10 Milliarden Euro) für neue Stadien, Transportwege dahin und Komplementärbauten. In einer Zeit, in der etwa die Vorstöße der Unternehmen im Gesundheitsmarkt dazu führen, dass der staatliche Einheitsgesundheitsdienst (SUS) aufgrund mangelnder Finanzen noch weniger funktioniert als früher. Am 12. Juni, dem Tag der Eröffnung der WM, soll es in zahlreichen Städten möglichst große Demonstrationen geben, obwohl oder gerade weil die parlamentarischen Prozeduren für Ausnahmeregelungen – wie etwa Beschneidungen des Demonstrationsrechtes oder auch des Streikrechtes – in vollem Gange sind, passend zum 50. Jahrestag des Militärputsches 1964.

Quelle: <http://cspconlutas.org.br>, 22.03.2014

## Sonne und Wind statt Fracking, Kohle und Atom!

HAMBURG. Die Energiewende ist in Gefahr! Die Regierung will den Zubau der Erneuerbaren Energien mit einem Ausbaudeckel und massiven Förderkürzungen ausbremsen. Dies ist Klientelpolitik für klimaschädliche Kohlekraftwerke und die angeschlagenen Energiekonzerne. Zudem droht damit eine neue Debatte um längere AKW-Laufzeiten. Doch noch hat all dies nicht Gesetzeskraft. Wir haben noch Chancen die Energiewende zu retten: Sowohl SPD als auch CDU/CSU sind jeweils gespalten in Freunde der Energiewende und Interessenvertreter der Konzerne. Und an der Reform des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) sind die Länder beteiligt. Etliche stehen der schwarz-roten Energiepolitik kritisch gegenüber – jetzt müssen sie sich wehren. Am 10. Mai demonstrieren wir daher mit zehntausenden Menschen in Berlin. Gemeinsam fordern wir, dass die Energiewende nicht ausgebremst wird, der Atomausstieg beschleunigt und der Kohle-Ausstieg eingeleitet wird, Kohle-Tagebaue stillgelegt werden und Gas nicht mittels Fracking gefördert wird. Wir wollen die Energieversorgung dezentralisieren, demokratisieren und in die Hand der Bürger/innen legen! Wir protestieren zu Lande und zu Wasser. Auf dem Wasser sind viele mit allem was schwimmt unterwegs. Auf dem Land ziehen wir mit einem großen Demozug durch das Berliner Regierungsviertel und bilden links und rechts der Spree eine bunte Aktionskette. Land- und Wasserdemo treffen zu einem großen Happening zusammen – damit die Energiewende nicht kentert.

<https://www.ausgestrahlt.de/>



### Atomtransporte stoppen – Kein Castor nach Gorleben oder anderswo!

LÜCHOW-DANNENBERG. Die Gorleben-Geschichte ist reich an Beispielen, wie die Bevölkerung über wahre Absichten bei der Realisierung eines Nuklear-Komplexes getäuscht wurde. Jetzt droht ein weiteres Beispiel hinzu zu kommen: Bis Mitte des Jahres nämlich wollen Bund- und Ländervertreter klären, wo die restlichen 26 Castoren mit radioaktiven Abfällen aus den Wiederaufarbeitungsanlagen in Sellafield bzw. Cap de La Hague verbleiben. Gorleben als Zielort für weitere Castor-Transporte scheide aus, versprach Peter Altmaier (CDU), versprach Rot-Grün in Hannover, das sei auf dem Hintergrund der angeblichen neuen Endlagersuche eine Frage des Vertrauens. Gorleben solle nicht weiter als Endlagerstandort zementiert

werden, unterstrich der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD). Im Gegenzug blieb Gorleben als Endlagerstandort bei dem angeblichen Neustart der Endlagersuche gesetzt ... Doch die Novelle des Atomgesetzes, die weitere Transporte nach Gorleben ausschließen sollte, enthält eine Lücke. Das geht aus einem Kurzgutachten von Greenpeace hervor, das der Diplomphysiker Wolfgang Neumann (intac) verfasste ... Solange die Endlagerfrage nicht geklärt ist, fordern wir, dass der angefallene Atommüll bleibt, wo er ist: Stoppt die Atommülltransporte. Nichts rein – nichts raus, lautet die Devise.

Unterstütze unsere Forderungen durch deine Unterschrift: Castor 2015 verhindern – jetzt! Atomtransporte stoppen-Endlager Gorleben aufgeben

- Schluss mit den Castortransporten nach Gorleben oder anderswo!
- Rücknahme der Genehmigungsanträge für den Transport von MAW- und HAW-Kokillen durch die GNS!
- Novelle des Atomgesetzes, um den Transport der MAW-Kokillen nach Gorleben eindeutig zu verbieten!
- Solange die Endlagerfrage nicht geklärt ist, fordern wir, dass der angefallene Atommüll bleibt, wo er ist!
- Gorleben muss raus aus dem Suchverfahren, um den Weg frei zu machen für eine faire und ergebnisoffene Atommülldebatte!

[www.bi-luechow-dannenberg.de/](http://www.bi-luechow-dannenberg.de/)

### „Mitverantwortung für Kriegsverbrechen nicht aufgearbeitet“

DÜSSELDORF. Die deutsche Chemieindustrie produzierte im Ersten Weltkrieg Sprengstoff, Munition und Giftgas. Dank staatlich garantierter Preise konnten die Konzerne ihre Profite erheblich steigern. Bis heute verleugnen die Firmen jedoch ihre Mitverantwortung für Kriegstreiberei und Massensterben. Kritiker reichten einen Gegenantrag zur Bayer-Hauptversammlung am 29. April ein. Die Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG) fordert die Bayer AG auf, endlich die Rolle des Unternehmens im Ersten und Zweiten Weltkrieg vollständig aufzuarbeiten und die zahlreichen Verbrechen des Konzerns anzuerkennen.

Axel Köhler-Schnura vom Vorstand der CBG: „100 Jahre Erster Weltkrieg, 150 Jahre Bayer: der Leverkusener Multi täte gut daran, statt zu seinem Jubiläum Goldmünzen zu prägen, seine Mitverantwortung für das Völkergemetzel 1914/18 aufzuarbeiten. In skandalöser Weise weigert sich der Konzern seit 100 Jahren, zu den Verbrechen der chemischen Kriegsführung, der Kriegstreiberei, der Zwangsarbeit usw. Stellung zu beziehen. Die Konzernprofite sprudelten, die Leichenberge türmten sich. Bayer distanziert

sich nicht einmal vom damaligen Generaldirektor Carl Duisberg, der auf den Auslieferungslisten der Alliierten stand und eine Anklage als Kriegsverbrecher fürchten musste. Immerhin wurde der Chemie-Multi für seine Kriegsverantwortung in weiten Teilen der Welt enteignet und verlor u. a. in den USA seine Markenrechte.“ Köhler-Schnura hat einen Gegenantrag eingereicht, in dem die Nichtentlastung des Vorstands gefordert wird, und wird in der Hauptversammlung zum Thema spreche. [www.cbgnetwork.org/](http://www.cbgnetwork.org/)

### Paritätische Studie belegt drastische Defizite bei Hilfen für Langzeitarbeitslose

BERLIN. Eine aktuelle Umfrage des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zur Situation von Beschäftigungsinitiativen belegt drastische Defizite bei der Förderung für Langzeitarbeitslose. Eine Regelförderstruktur sei in Folge der enormen Mittelkürzungen und arbeitsmarktpolitischen Reformen der vergangenen Jahre nicht mehr vorhanden. Trotz einer wachsenden Zahl von Langzeitarbeitslosigkeit betroffener Menschen, seien die Unterstützungs-, Qualifizierungs- und Fördermaßnahmen in den vergangenen drei Jahren halbiert worden. „Die alte Bundesregierung hat mit ihrer rigorosen Kürzungspolitik und der von Anfang an umstrittenen Instrumentenreform das Hilfe- und Unterstützungssystem für Langzeitarbeitslose vor die Wand gefahren. Es ist bereits kurz nach zwölf. Eine Regelförderstruktur ist nicht mehr existent“, resümiert Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. Nach der repräsentativen Umfrage des Verbandes ist das Hilfeangebot für Langzeitarbeitslose seit 2010 praktisch halbiert worden, jeder zweite Maßnahmenplatz sei abgebaut worden. Innerhalb von nur drei Jahren haben 37 Prozent der Beschäftigungsträger ihre Arbeit für Langzeitarbeitslose gänzlich einstellen müssen oder sind sogar in die Insolvenz gegangen. „Die verbliebene Förderlandschaft ist ein Flickenteppich von kurzfristigen Hilfen und Maßnahmen, die nicht geeignet sind, das Problem der über Jahre verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit zu lösen. Eine langfristige, am Einzelfall orientierte, passgenaue Förderung, die den einzelnen in den Blick nimmt, ist unter den gegebenen Bedingungen so gut wie nicht zu leisten. Viele unserer Träger arbeiten mittlerweile an ihrer professionellen Schmerzgrenze“, so Schneider.

Der Verband appelliert an die Große Koalition, „das Ruder herumzulenken“. In einem Vier-Punkte-Katalog fordert der Paritätische die Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik auf

die Zielgruppe der Langzeitarbeitslosen, mehr Qualifizierungsmöglichkeiten, die Möglichkeit längerfristiger Förderung sowie einen Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung. Das jetzt vom Bundesarbeitsministerium angekündigte Programm könne nur ein allererster Schritt sein. Der Verband weist daraufhin, dass mit dem Programm lediglich drei Prozent der Langzeitarbeitslosen erreicht werden.

[www.der-paritaetische.de](http://www.der-paritaetische.de)

## „Zahlt uns endlich Entschädigung!“

FRANKFURT/ BERLIN. Shila Begum, überlebende Näherin der Rana-Plaza-Katastrophe in Bangladesch und die Gewerkschafterin Safia Parvin unterstreichen mit ihrem Besuch in Frankfurt und Hamburg die Forderung nach umfassenden und gerechten Entschädigungen für die Opfer des Gebäudeeinsturzes vor fast einem Jahr. Deutsche bzw. für den deutschen Markt relevante Firmen sind dringend aufgefordert, in den von der internationalen Arbeitsorganisation ILO kontrollierten Entschädigungsfonds einzuzahlen. „Wenn die Unternehmensvertreter sich als Menschen fühlen, dann müssen sie endlich Entschädigungen zahlen – vor dem Jahrestag am 24. April. Ich bin bereit, so lange zu kämpfen, bis die Rana Plaza Opfer endlich entschädigt sind – alle Opfer. Wenn ich dazu beitragen kann, bin ich froh.“ So Shila Begum, überlebende Näherin der Rana-Plaza-Katastrophe, an ihrem ersten Tag in Deutschland. Deutsche bzw. auf dem deutschen Markt präsenten Firmen sind aufgefordert, endlich in den von der ILO kontrollierten Entschädigungsfonds einzuzahlen. Mindestens 40 Mio. USD werden benötigt, um die tausenden Hinterbliebenen und Verletzten der Katastrophe zu entschädigen. Deutsche Unternehmen wie Adler Modemärkte, NKD, KANZ/ Kids Fashion Group verweigern bisher jede Zahlung. KiK Textilien steuere zwar 500 000 USD zum Entschädigungsfonds bei, angesichts der Größe der Tengelmanngruppe, der KiK angehört, ist diese Summe jedoch viel zu gering... Um ihre Forderung zu unterstreichen, protestieren die Gäste mit Unterstützung von Aktivisten heute vor dem Hauptsitz von Adler Modemärkte in Haibach. Die letzte Station der Reise wird Hamburg sein. Hier werden die Gäste u.a. vom Senat empfangen, zudem wird es Aktionen vor KIK und Benetton geben. [www.saubere-kleidung.de/](http://www.saubere-kleidung.de/)

## Ukraine-Konflikt wird wichtiges Thema bei den Ostermärschen

Die traditionellen Ostermärsche der Friedensbewegung wollen im Ge-

denkjahr 2014 Jahr die Lehren aus den verheerenden Kriegen seit 1914 einfordern und kritisieren vehement die zunehmende militärische Ausrichtung der Außenpolitik der großen Koalition. Jetzt werden die ca. 80 geplanten Ostermarsch-Veranstaltungen von der weiter drohenden Eskalation des Ukraine-Konflikts überschattet. Das Netzwerk Friedenskooperative zeigt sich besorgt über die eklatante Zunahme nationalistischer Gesinnung und gegenseitiger Feindschaft zwischen den bisherigen „Brudervölkern“ in der Ukraine wie in Russland, die durch die jeweiligen Regierungen und Medien befeuert werde.

„Die militanten faschistischen Kräfte vom ‚Rechten Sektor‘ in der Westukraine wie auch der prorussischen Separatisten im Osten und Süden der Ukraine werden durch das gegenseitige Säbelrasseln ermuntert; da sind jetzt statt weitere Hetze mäßigende Botschaften aus Moskau und Kiew, aber auch von der EU und der Nato gefordert“, erklärt Netzwerk-Geschäftsführer Manfred Stenner. Friedensorganisationen in der Bundesrepublik haben die Annexion der Krim durch Russland als völkerrechtswidrig verurteilt, geben aber



der EU-Politik gegenüber der Ukraine und Russland eine große Mitschuld an der Eskalation. „Seit der sukzessiven Erweiterung der EU und besonders der Nato auf den vormaligen Einflussbereich Russlands wurde mutwillig versäumt, diese massiven Machtverschiebungen halbwegs fair mit russischen Interessen abzugleichen. Bei den Verhandlungen mit dem ehemaligen ukrainischen Präsidenten Janukowitsch über das EU-Assoziierungsabkommen wurde das fortgesetzt“, konstatiert Stenner. Jetzt beteiligten sich Nato und EU mit Sanktionen, G8-Ausschluss, Verstärkung militärischer Präsenz in Polen und dem Baltikum sowie der Vorbereitung von Ostsee-Manövern an einer Eskalationsspirale, während Moskau mit Truppenpräsenz an der Ostgrenze der Ukraine eine Drohkulisse aufrecht erhalte und schon mit der Drosselung von Gaslieferungen drohe. „Alle Seiten steuern auf einen möglichen Wirtschaftskrieg zu. Diplomatie und zivile Konfliktbearbeitung sieht anders aus“, betont die Friedenskooperative. Das werde bei den Ostermärschen deutlich gemacht. Ca. 80 Demonstrationen, Kundgebungen, Fahrradtouren, Wanderungen und Friedensfeste finden

vom Gründonnerstag bis Ostermontag statt. Die Ostermärsche stellen sich der Rüstungs- und Interventionspolitik der großen Koalition entgegen und weisen die forschen Sprüche des „Trio Infernale“ Gauck, von der Leyen und Steinmeier zu mehr (militärischer) deutscher Verantwortung zurück. Für Afghanistan wird der vollständige Abzug der Nato-Truppen und massive zivile Hilfe für den Wiederaufbau gefordert. Die Friedensgruppen wollen eine friedliche Lösung der Kriege in Mali und Syrien und fordern ein Verbot der skandalösen deutschen Rüstungsexporte. Wichtige Themen sind auch die Abschaffung der Atomwaffen und der Abzug der noch in der Eifel stationierten US-Atombomben sowie die Stilllegung aller Atomanlagen. Gestoppt werden soll die Rekrutenwerbung der Bundeswehr in Schulen und im öffentlichen Raum, gefordert sind Zivilklauseln an den Hochschulen.

[www.friedenskooperative.de/](http://www.friedenskooperative.de/)

## Runder Tisch zur Schulzeitverkürzung – Ministerin Löhrmann gerät unter Druck

DÜSSELDORF. Die LandesschülerInnenvertretung Nordrheinwestfalen (LSV NRW) hat neben anderen Verbänden, Vereinen, Fraktionen und der Wissenschaft eine Einladung zu einem Runden Tisch zum Thema „Schulzeitverkürzung“ erhalten. „Ministerin Löhrmann klammert sich an das G8-System und ‚argumentiert‘, dass sie keinen Trubel im nordrhein-westfälischen Schulsystem verursachen möchte. Dies empfinde ich als ein großes Scheinargument!“, erklärt Lukas Lorenz, Landesvorstandsmitglied aus Köln. Die LSV NRW erhöhte den öffentlichen Druck mit ihrer Kampagne im Schuljahr 2012/2013 unter dem Motto „Gute Nacht G8“. „Wir haben von Anfang an die Schulzeitverkürzung abgelehnt! Sparen im Bildungssektor sollte nicht einmal die letzte Möglichkeit zur Haushaltskonsolidierung sein!“, verdeutlicht Vanessa Katharina Seiffert, ebenfalls Landesvorstandsmitglied aus Dortmund. Nachdem die niedersächsische Kultusministerin Frauke Heiligenstadt „das moderne Abitur nach 13 Jahren“ verkündet hat, steigt der Druck auf die KultusministerInnen der anderen Bundesländer. Die LSV NRW fordert eine Rückbesinnung auf ein längeres Lernen in einem neuen G9-System. „Schule muss endlich wieder ein Lebensraum werden!“, bekräftigt Tatjana Westhoff, Landesvorstandsmitglied aus Essen. Neben dem Rückzug aus G8 spricht sich die LSV NRW für die generelle Einführung der inklusiven Ganztagsgesamtschule in Nordrhein-Westfalen aus, eine Schule für Alle und ohne Selektion.

[www.lsvnrw.de](http://www.lsvnrw.de)

**Aktionen ...  
Initiativen**

# Mannheim: Die BuGa-Verträge sind beschlossen

**Trüper (Linke): Möglichkeiten nutzen statt Weltuntergangsstimmung verbreiten**

Ist es besonders kritisches Bewusstsein oder eine versteckte Art defätistischen Untertanengehorsams, wenn nun weiterhin der BuGa-Teufel an die Wand gemalt wird? Die vom Gemeinderat gegen FDP und ML verabschiedeten Verträge zur Durchführung einer Bundesgartenschau in Mannheim 2023 und zur Gründung einer durchführenden BuGa 23 GmbH machen Folgendes deutlich:

Die BuGa ist eine privatwirtschaftlich von den tragenden Verbänden des Garten- und Landschaftsbaus, der Gärtner, Baumschulen und Friedhofsgärtner entwickelte Marke. Sie dient der Selbstdarstellung und Werbung, kann dies aber nur, wenn für ein paar Millionen BesucherInnen auch ein Gebrauchswert geliefert wird. Diverse Wettbewerbe geben den Drive dazu ab. Die Marke definiert das Pflichtprogramm. Die Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft (DBG) stellt ein langjährig bewährtes Knowhow von Planung bis Marketing zur Verfügung. Die Stadt Mannheim hält trotzdem in der örtlichen BuGa GmbH Zweidrittel der Anteile. Sie schießt zu den Durchführungskosten im Laufe von zehn Jahren 6,8 Mio. Euro zu. Eine Nachschusspflicht besteht nicht. Es gibt für den Notfall genaue Ausstiegsszenarien, deren Risiko die zugesicherten 6,8 Mio. Euro nicht übersteigt. Wenn die Eintrittsgelder beispielsweise nicht im geplanten Umfang eingespielt werden können, wird dies zu einem Problem für die GmbH, im schlimmsten Fall eine Insolvenz. Die Haftung der Stadt ist jedoch beschränkt. Überschuss käme der Stadt nach Abzügen zugute.

Die Stadt und damit der Gemeinderat (wenn er die Chance nutzt) unterwerfen sich zwar den Anforderungen der Marke, können aber weitere Aspekte hinzufügen

(„Kür“). Beispielsweise ist Fläche genug da, auf der sich auch alternative Ansätze sowohl gärtnerisch als auch mit Informationen präsentieren können.

Das würde erhebliche Anstrengungen der entsprechenden Verbände und Initiativen erfordern. Aber warum soll die BuGa 23 GmbH sich dieser Option verweigern, wenn in Stadt und Region genügend Kräfte dahinterstehen? Dem im Laufe der Jahre vielleicht etwas ausgelagerten Pflichtprogramm könnte nichts Besseres als eine solche Auffrischung geschehen. Die DBG muss 150 vertraglich vereinbarte Veranstaltungen bringen, damit etwas los ist. Und das geschieht nicht mit reinen Werbeveranstaltungen einer Branche. Warum sollten weitere Veranstaltungen aus beispielsweise alternativer Sicht nicht möglich sein? Es wäre sicherlich ein Fehler, diese Chancen ungenutzt zu lassen – vorausgesetzt man hat die nötige Kraft, diese Chance zu nutzen.

Die gesamten dauerhaften Investitionen der Stadt, welche im Zusammenhang mit der BuGa aber nicht nur wegen der paar Wochen Veranstaltung diskutiert und geplant werden, sind nicht und können nicht Gegenstand der Verträge mit der DBG sein. Denn hier hat die Stadt bzw. der Gemeinderat die volle Verantwortung und Hoheit. Die Investitionen (105 Mio. Euro) müssen sich durch Nützlichkeit und Nachhaltigkeit ausweisen.

Eine interessante und erfolgreiche BuGa wird gewiss kein Selbstläufer. Es liegt aber sicher nicht an der Struktur der ausgehandelten Verträge. Die Mannheimer BuGa hat das Zeug, eine spezielle und etwas andere zu werden. Wie schon der ganze Vorlauf bisher speziell ist. Darin liegen Chancen. *Thomas Trüper*

Bundesgartenschau 2023



Flächen für die BuGa problematisch. Mit Hochgestade und Au werden Flächen des LSG Feudenheimer Au einbezogen. Die im Gesellschaftsvertrag im § 2 (Gemeinnützigkeit) formulierten Ziele des Naturschutzes und Biotopverbundes finden im Durchführungsvertrag keine Erwähnung. Es werden ausschließlich gärtnerische Qualitäten, Leistungsschauen und Preisgerichte festgelegt.

Der Durchführungsvertrag legt fest, dass zur Durchführung der BuGa 2023 eine Durchführungsgesellschaft (BuGa GmbH) gegründet werden soll. Diese soll zu zwei Dritteln durch die Stadt Mannheim und zu einem Drittel durch die DBG besetzt werden (§1.Abs.2). Unter dem Punkt „Sonstige Leistungen“ (Punkt 16) ist dann im Vertrag zu lesen, dass die Besetzung der Geschäftsführung der BuGa GmbH mit Dreiviertelmehrheit beschlossen werden muss. Die DBG muss also rein rechnerisch ihre Zustimmung geben. Ohne einen der DBG genehmen Geschäftsführer wird es daher nicht gehen. Zudem sollen Entscheidungen laut Durchführungsvertrag häufig im Einvernehmen von BuGa GmbH und DBG getroffen werden. Die DBG ist somit doppelt vertreten und sichert sich großen Einfluss.

Ebenfalls unter „sonstige Leistungen“ werden die DBG und ihre Mitgliedsverbände damit beauftragt im Rahmen der BuGa mindestens 150 Infoveranstaltungen durchzuführen. Aus Sicht des BUND werden diese Infoveranstaltungen vor allem durch die im DBG und ihren Mitgliedsverbänden organisierten Unternehmen abgehalten werden. Hinter dem Begriff der Infoveranstaltungen verbergen sich somit steuerfinanzierte Werbeveranstaltungen für gärtnerische Dienstleistungen und Produkte.

Auch die Vergabe von Aufgaben an Dritte erfordert die Information bzw. Zustimmung der DBG. Das bedeutet, dass beispielsweise Aufträge an Unternehmen, die nicht in einem der Mitgliedsverbände der DBG organisiert sind, durch die DBG autorisiert werden müssen. Für den BUND besteht hier die klare Gefahr einer Einflussnahme der DBG auf die Auftragsvergabe und einer Bevorzugung von Unternehmen, die in den Mitgliedsverbänden der DBG organisiert sind.

## BUND: Geheimvertrag dient wirtschaftlichen Interessen:

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Regionalverband Rhein-Neckar-Odenwald, kritisiert den heute veröffentlichten Durchführungsvertrag der Bundesgartenschau 2023 (BuGa) in Mannheim. Der Vertrag zwischen der Stadt Mannheim und der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft (DBG) gibt der DBG und ihren Mitgliedsverbänden zahlreiche Möglichkeiten zur Beeinflussung der Ausgestaltung der BuGa und zur Auswahl der Auftragnehmer. Hinzu kommt, dass die Ergebnisse der bürgerschaftlichen Planungsgruppen keine Erwähnung finden, was die Bür-

gerbeteiligung ad absurdum führt.

„Nun wird klar, warum der Gemeinderat den Vertrag in nichtöffentlicher Sitzung unterzeichnet hat. Der Vertrag entlarvt die wirtschaftlichen Interessen der Gartenbau-Lobbyisten“, sagt Tobias Staufenberg, Geschäftsführer des BUND Regionalverbands Rhein-Neckar-Odenwald. „Die Ergebnisse der bürgerschaftlichen Planungsgruppen finden sich ebenfalls nicht wieder. Es ist traurig, dass Mannheim den Willen der Bürger trotz anders lautender Aussagen nicht ernst nimmt.“

Für den BUND ist die Auswahl der

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Regionalverband Rhein-Neckar-Odenwald 3. April 2014

# Zweiter Anlauf, aber immerhin: Die Linke Essen stellt pluralistische Liste zum Rat auf

Nach monatelangen, zum Teil sehr un schönen Auseinandersetzungen, hat auch der Kreisverband Essen der Partei Die Linke eine Liste für die Wahl zum Rat der Stadt Essen am 25. Mai 2014. Eine Wahlversammlung am 5. April 2014, zwei Tage vor dem letztmöglichen Abgabetag, wählte Gabriele Giesecke mit 53% der Stimmen auf Platz 1. Die 59jährige Personalratsvorsitzende beim Job-Center Oberhausen und Sozialpolitikerin ist damit zum vierten Mal seit 1999 auf diesem Platz. Der Versuch das „altsozialistische Lager Freye/Giesecke“ – so schreibt mit Vorliebe der WAZ-Lokalchef – zu verhindern, ist damit gescheitert. Die Liste selbst ist in den weiteren Plätzen jedoch keineswegs einseitig, sondern ausgesprochen pluralistisch zusammengesetzt.

Bei der ersten Wahlversammlung des Kreisverbandes am 19. Januar 2014 sah das noch ganz anders aus. Einen Tag vor dem von der Linken initiierten, erfolgreichen Bürgerentscheid gegen den überzogenen Umbau der Messe Essen, hatte die Gruppe um den derzeitigen Ratsfraktionsvorsitzenden, Hans Peter Leymann-Kurtz, den Dauerstreit in der Ratsfraktion mit einem „Durchmarsch“ entschieden. Er selbst hatte aus privaten Gründen zwar seinen Rückzug aus der Ratsarbeit angekündigt und nur für einen nichtsicheren Platz kandidiert. Die ersten Plätze wurden jedoch von „seinen“ Kandidat/innen besetzt, an der Spitze die derzeitige stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Nina Herff (Studentin, 30 Jahre). Die Stimmverhältnisse waren ziemlich genau umgekehrt, wie bei der Wiederholung der Wahlversammlung.

## Schiedskommission gibt Wahlanfechtung Recht

Dass es überhaupt zu zwei „Versuchen“ kam, ist das Ergebnis einer erfolgreichen Anfechtung der ersten Wahlversammlung durch zwei Teilnehmer. Sowohl die Landesschiedskommission als auch die Bundesschiedskommission schlossen sich sehr eindeutig und ausführlich begründet ihrer Meinung an, dass bei der Versammlung am 19. Januar keine geheime Wahl gewährleistet war. Zwar gab es im Vorraum eine Wahlkabine, die 130 Versammlungsteilnehmer waren jedoch auf engstem Raum zusammengepfercht. Es gab nur 80 Stühle und 10 Barhocker, viele konnten ihre Plätze nicht verlassen und sahen unweigerlich, was der Nachbar ankreuzte.

Noch nicht einmal gewürdigt hatten beide Schiedskommissionen die durch mehrere Zeugen bestätigte Beobachtung, dass eine der Spitzenkandidatinnen gleich noch die Stimmzettel für Mut-

ter und Tante mit ankreuzte.

Trotz dieser absehbaren Probleme war ein Antrag auf Vertagung der Versammlung und Anmietung geeigneter Räume im Januar mit knapper Mehrheit abgelehnt worden. Ein größerer Teil der Anwesenden war zielgenau auf den schon länger geplanten Termin „angeworben“ worden – das wollte die damalige Mehrheit nicht aufs Spiel setzen. Seit der Bundestagswahl im September konnte der Kreisverband Essen Die Linke rund 90 Neuaufnahmen verbuchen, die Mitgliederzahl stieg auf 370. Ein erst vor zwei Jahren in Die Linke eingetretener ehemaliger Bezirksvertreter der SPD hatte z.B. im Herbst 2013 allein rund 20 Eintritte, zusammen mit dem Mindestbeitrag in bar für vier Monate, auf den Tisch des Kreisbüros gelegt: „Die müsst Ihr jetzt einladen.“

Ab November traten im Gegenzug zu dieser Eintrittswelle etliche Mitglieder aus Initiativen, Gewerkschaften oder dem Umfeld von DIDF und dem Kurdischen Verein in Die Linke Essen ein.



Bei der Wiederholung der Versammlung haben diese Neumitglieder entscheidend zum Umschwung beigetragen. Die vorherige Mehrheit hatte den kürzeren Atem.

## Geflecht von Abhängigkeiten

Die Auseinandersetzung um die Aufstellung der Ratsliste ist das (vorläufige) Ende einer jahrelangen Auseinandersetzung, bei der es für Außenstehende vor dergründig weniger um politische Inhalte, sondern um ein Verständnis von Zusammenarbeit in der Partei ging. Hans Peter Leymann-Kurtz war lange für Die Grünen im Rat und von 1999 bis 2004 grüner Bürgermeister. Er und der Kern „seiner“ Gruppe kam über die WASG in Die Linke und machte von Anfang massiv Führungsansprüche geltend.

Die Arbeit der Ratsfraktion war gekennzeichnet durch viele politische Initiativen, die Enthüllung von „Skandalen“, aber ständigen Dauerstreit im Inneren, der oft gezielt an die Öffentlichkeit getragen wurde. Schon 2010 wurde der bisherige Geschäftsführer der Ratsfraktion, Thorsten Jannoff, wegen „mangelndem Vertrauen“ rausgeworfen und durch Jörg Bütefür ersetzt, einen alten Freund von Hans Peter Leymann-Kurtz.

Diese Gruppe hatte sich im Sommer letzten Jahres mit zwei Bezirksvertretern zusammengetan, die kurz nach der letzten Kommunalwahl aus der SPD aus und zwei Jahre später in die Partei Die Linke eingetreten waren.

Zusammengehalten wurden sie durch ein Geflecht persönlicher Abhängigkeiten, die bei der Besetzung von Ausschüssen des Rates mit sachkundigen Bürgern anfang und über die immerhin fünf Stellen – teilweise in Teilzeit – der Ratsfraktion zu Versprechungen für die Zukunft führte. Dass der Fraktionsgeschäftsführer mit der Stimme seiner

## Erste 8 Plätze Ratsliste Essen

| Platz | Name                     | Stimmergebnis |
|-------|--------------------------|---------------|
| 1.    | <b>Gabriele Giesecke</b> | 65            |
|       | Nina Herff               | 58            |
| 2.    | <b>Nina Herff</b>        | 80            |
| 3.    | <b>Ezgi Güyildar</b>     | 65            |
|       | Birgit Petereit          | 54            |
| 4.    | <b>Yilmaz Gültekin</b>   | 55            |
|       | Anabel Jujol             | 46            |
| 5.    | <b>Anabel Jujol</b>      | 62            |
| 6.    | <b>Wolfgang Freye</b>    | 49            |
| 7.    | <b>Sonja Neuhaus</b>     | 60            |
| 8.    | <b>Herbert Bußfeld</b>   | 48            |
|       | Sylvia Schochow          | 10            |

Ehefrau und Nina Herff mit ihrer eigenen Stimme angestellt wurden – was soll's. Die Mehrheiten unter den 5 Ratsmitgliedern blieben in Streitfällen immer 3:2.

Es gab jedoch immer wieder auch politischen Streit. Die Mehrheit der Ratsfraktion agierte in Fragen wie Sonntagsöffnungen von Läden, der in der Bevölkerung heftig umstrittenen Bebauung von Grünflächen oder der Privatisierung bzw. Kommunalisierung recht prinzipienlos. Programme störten da nur, ebenso wie der mehrfache Versuch, „Compliance-Regelungen“ zum internen Umgang durchzusetzen.

## Pluralismus gewinnt

Gestoppt werden konnte diese Mehrheit – wie oben erwähnt – durch ein Bündnis

aus sehr unterschiedlichen Kräften. Einige der Kandidat/innen auf den ersten Listenplätzen gelten als fds-nah, andere sind Mitglieder der Antikapitalistischen Linken oder wurden von den SPD-nahen Kräften auch schon mal als „kurdischer Terrorist“ beschimpft.

Als gemeinsame Grundlage diene ein Aufruf für Pluralismus, der sich auch deutlich gegen „Amigo-Wirtschaft“ abgrenzt und die Abmachung, nicht „durchzuziehen“. Nach der Wahl von Platz 1 der Liste wurde Nina Herff dann auch ohne Gegenkandidatin auf Platz 2 gewählt – nachdem sie sich erst nach einer längeren Pause und mehreren Ge-

sprächen zur Weiterkandidatur bereit erklärte.

Dass dieses Vorgehen gut war, zeigte nicht nur die Presse am nächsten Tag, die es wohlwollend registrierte, sondern eine Reaktion eines Direktkandidaten: Er zog seine Kandidatur zurück. Man kann davon ausgehen, dass solche Rückzüge in größerem Umfang passiert wären, wenn die Liste einseitiger zusammengesetzt wäre. Das wäre ein großes Problem, weil eine Partei nach dem Kommunalwahlrecht in NRW nur in den Wahlkreisen wählbar ist, in denen sie Wahlkreiskandidaten aufgestellt hat.

Ein „Durchmarsch“ der Gruppe um

Leymann-Kurtz ist jedoch in keiner Konstellation mehr möglich. Insofern hat die Aufstellung der Ratsliste eine gute Grundlage für einen Neustart geschaffen – auch wenn das Störfeuer noch kräftig ist. Das Wahlmaterial wird gerade erstellt, als nächstes soll am 26. April das Wahlprogramm verabschiedet werden, vier Wochen vor der Wahl. Eine Mehrheit der Kreismitgliederversammlung hatte es im Dezember nämlich abgelehnt, erst das Programm zu verabschieden, und dann die Liste aufzustellen – für sie ging es ja um Wichtigeres als ein Programm.

Wolfgang Freye

## Wechselnde Mehrheiten im Münchner Stadtrat

Über Ergebnisse des ersten Wahlgangs der bayerischen Kommunalwahlen am 16. März konnte bereits in der letzten Ausgabe der PB zeitnahe berichtet werden.<sup>1</sup> Inzwischen hat das Regionalbüro der Rosa Luxemburg Stiftung eine Gesamtdarstellung Ergebnisse der Linken vorgelegt.<sup>2</sup> Bei den Stichwahlen am 30. März fand überregionale Beachtung vor allem die Entscheidung in München, bei der sich der SPD-Kandidat Dieter Reiter mit 56,7% gegen den CSU-Kandidaten Josef Schmidt (43,3%) durchsetzen konnte. Laut Untersuchung der Wählerwanderung,<sup>3</sup> siehe Schaubild unten, wandten sich die Wählerinnen und Wähler der Grünen aus dem ersten Wahlgang fast vollständig der SPD zu. Zwar fällt mit dem Erfolg der OB-Wahl der alten Rathauskoalition aus SPD, Grünen und Rosa Liste (RL) eine weitere Stimme zu. Da aber die SPD-Fraktion stark an Stimmen einbüßte und zudem ein SPD-Stadtrat die Fraktion gleich nach der Wahl verlassen hat, fehlen dieser Koalition im Stadtrat zwei Stimmen zur Mehrheit. Der neue OB muss nach einer Mehrheit suchen. 2003 und 2008 hatten SPD/Grüne/RL

ihre wesentlichen politischen Ziele in einem detaillierten Koalitionsvertrag fixiert. Dieses Verfahren hat OB Reiter auch jetzt eingeschlagen. Nach der Gemeindevorbereitung ist ein derartiger Vertrag für die Arbeit des Stadtrats nicht erforderlich. Die kommunale

Selbstverwaltung funktioniert auch mit wechselnden Mehrheiten. Dazu kann es in München leicht kommen. Denn eine rechnerisch mögliche Mehrheit unter Einbeziehung der ÖDP und der Linken ist einstweilen gescheitert.

### Wahlarithmetik und politische Vorbehalte

Die Linke hatte bei den Kommunalwahlen ein Drittel ihres Wähleranteils und damit eines von drei Mandaten verloren. Die ÖDP, die vorher ein Mandat hatte, kam nun auf zwei Mandate, was zur Beteiligung an der Arbeit der Stadtratsausschüsse nicht reicht. Nach Inhalten der Wahlprogramme und vor allem nach guten praktischen Erfahrungen der Zusammenarbeit bei erfolgreichen Bürgerentscheiden (NOlympia, Keine 3. Startbahn) sahen die gewählten Mandatsträger/innen beider Parteien die Bedingungen für eine Ausschussgemeinschaft gegeben, ein Vorhaben, das auch bei den Parteiinstanzen beider Seiten Rückhalt fand. Beide Seiten sprachen sich für Verhandlungen mit SPD/Grünen/RL über einen Koalitionsvertrag aus. Perspektivisch wurde auch die Möglichkeit einer Fraktionsgemeinschaft von ÖDP und Linken nicht ausgeschlossen.<sup>4</sup>

Im Kreisverband der Linken wurde diese Entscheidung allerdings nur mehrheitlich unterstützt. Eine Minderheit, namentlich hauptamtliche Gewerkschaftssekretäre um den inzwischen aus der Linken ausgetretenen ehemaligen Linken-Stadtrat Orhan Akman, unterlag mit dem Antrag, die Linke solle exklusiv mit der SPD verhandeln. Da OB Reiter nur zwei Stimmen braucht, wäre auch diese Rechnung möglich gewesen. Praktisch war sie nicht, da OB Reiter wenig später die Linke von Verhandlungen über den Koalitionsvertrag ausschloss. Das kam so:

Die Linke hatte auf Platz 2 ihrer Liste Cetin Oraner nominiert, einen Protest-sänger türkischer Nationalität, der für die Ziele der kurdischen Emanzipationsbewegung eintritt. Die Linke nahm damit Bestrebungen der migrantischen

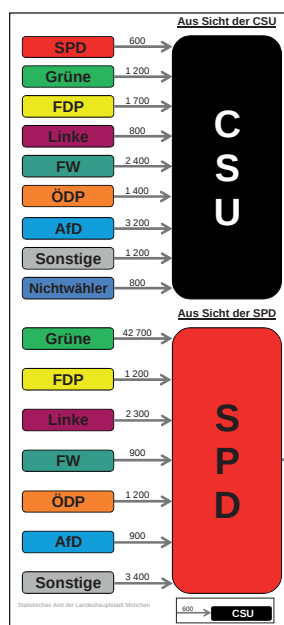
Bevölkerung auf, sich in der Selbstverwaltung der Stadt verstärkt zu engagieren. Dass Cetin neben seinem Engagement für die kurdische Sache, die ihn für eine Reihe von Jahren in die Türkei und nach Kurdistan führte, in Deutschland seit eh und je auch bei Veranstaltungen der DKP auftritt und dort als Mitglied begrüßt wird, hatte während des Wahlkampfes – ein Höhepunkt war ein großes von der Linken mitveranstaltetes Newroz-Fest auf dem Münchner Stachus – niemanden interessiert, nach der Wahl reichte das K-Wort dem OB allerdings, um sein Gesprächsangebot an die Linke zurückzuziehen und lediglich mit der ÖDP zu verhandeln.

Diese Verhandlungen gingen tagelang ganz gut voran, scheiterten dann aber an der Frage der Kohlverstromung im Münchner Heizkraftwerk Nord.<sup>5</sup> Vielleicht hatte OB Reiter nicht bedacht, dass eine Mehrheit von nur einer Stimme enormen Einigungsdruck erzeugt. Bei früheren, komfortablen Mehrheiten konnten immer mal ein, zwei Mandatsträger ausscheren und ihre abweichende Meinung dokumentieren. Mit dem Ausklammern der Linken hatte Dieter Reiter diese Möglichkeit für alle Beteiligten verbaut. Warum Reiter sich in diese Klemme manövriert hat? Die beiden Stadträte der Linken hatten jedenfalls in einer Mandatsträgerklärung klargestellt,<sup>6</sup> dass Cetin Oraner sein Mandat auf der Grundlage des Programms der Linken wahrnimmt.

Politisch interessant ist, dass die Ausschussgemeinschaft aus ÖDP- und Linken-Stadträtinnen diese Wirren und Wendungen bisher gut überdauert. Ein Grund dafür ist, dass trotz des misslichen Verhandels der SPD die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat viele Möglichkeiten bieten, in einzelnen Fragen sozial, ökologisch und demokratisch interessante Schritte einzuleiten.

### Es kommt zu wechselnden Mehrheiten

Im Münchner Stadtrat befinden sich 13 Parteien und Gruppierungen sowie, nach



dem Parteiaustritt eines gewählten SPD-Stadtrats, ein partei- und bindungsloser Stadtrat. Zurzeit bestehen folgende Ausschussgemeinschaften / Fraktionen

|                                                  |           |
|--------------------------------------------------|-----------|
| ÖDP 2+Die Linke 2                                | 4         |
| Grüne 13 + RL 1                                  | 14        |
| SPD + OB Stimme                                  | <b>39</b> |
| CSU                                              | 26        |
| FDP 3 + Piraten 1 + Hut (Bürgerinitiativenliste) | 5         |
| Freie W. 2 + Bayern Partei 1                     | 3         |
| AfD                                              | 2         |
| NPD-Tarnliste BIA 1                              | 1         |
| SPD Dissident 1                                  | 1         |

Das Scheitern der Verhandlungen muss nicht mangelndem Verhandlungsgeschick der SPD angelastet werden. Es kann sein, dass in dieser Gemengelage die Möglichkeit einer stabilen Mehrheit für eine sechs-Jahre-Agenda links von der Mitte gar nicht enthalten ist. Immerhin ist die CSU die stärkste Partei im Stadtrat. Aber die Öffnung hin zur Moderne, die den CSU Wahlkampf geprägt hat, erlaubt der CSU nicht, eine Mehrheit rechts von der Mitte zu suchen. Wechselnde Mehrheiten bei Personalentscheidungen, bei den Abstimmungen über den Haushalt und die mittelfristige Investitionsplanung, bei Einzelentscheidungen von strategischer Bedeutung zeichnen sich ab. Wahrscheinlich wird die Selbstverwaltung der Landeshauptstadt letztlich einen Kurs nicht links von der Mitte, wohl aber links von der Rechten steuern.

#### Eine Strapaze für die Parteien

Vom Standpunkt der Parteipolitik bietet die Konzentration auf einen Sechsjahres-Vertrag viele Reize. Die Parteiinstitutionen und eventuell auch die Mitgliedschaft können sich in einem gedrängten Zeitraum weichenstellend einbringen, anschließend tun die Mandatsträger/innen ihr Bestes. Dann kommen wieder Wahlen, man diskutiert ein neues Wahlprogramm und beauftragt die Bewährten oder eben andere ... Ganz anders verhält es sich in einer Situation wechselnder Mehrheiten, wo es darauf ankommt, akute Gefahren zu erkennen und günstige Gelegenheiten beim Schopf zu packen, wo es für alle unmöglich ist, das Wahlprogramm der Partei „1:1“ umzusetzen und schon rein praktisch nicht in Frage kommt, die Parteigliederungen mit der Vielzahl der anfallenden Einzelentscheidungen zu befassen.

So führt die parteipolitische Zersplitterung der Wahlentscheidung nicht nur zu weniger Mandaten, sondern auch noch zu einer systematischen Einflussminderung der jeweiligen Parteimitgliedschaft, was Verbitterung erzeugen muss. Da eine strenge sachliche Bindung zwischen Mandatsträger/innen und Partei schwächer wird, verschieben sich Diskurs und Streit auf Fragen der Loyalität und der parteipolitischen Zuverlässigkeit. Man fragt sich: Wo ist ein Ausweg?

Ohne die Daten zu strapazieren: Die Wählerinnen und Wähler Münchens

wollen eine Stadt, in der mehr soziale und ökologische Rücksicht gilt und in der bei der Entscheidungsfindung mehr Demokratie und Partizipation geübt wird. Die Wahlentscheidung und vor allem die Wahlbeteiligung sagen aber auch, dass die Wählerschaft dies Bestreben in den Aussagen der Parteien nicht überzeugend vorfindet. Es kommt also darauf an, aus diesem politischen Rohstoff Sachentscheidungen herauszuarbeiten, die im Stadtrat mehrheitsfähig sind und von den Bürgerinnen und Bürgern unterstützt werden können.

Hier kommt es auf die Zusammenarbeit von Mandatsträger/innen, Partei und politischer Öffentlichkeit an. Die Münchner Linke hat bei ihrer letzten Mitgliederversammlung die Arbeit an einer Positivliste begonnen, die ausweist, für welche Punkte Mehrheitsentscheidungen immerhin denkbar sind. Die Partei hat diese Arbeit mit Blick auf mögliche Verhandlungen über einen Koalitionsvertrag begonnen, sie ist aber mit Blick auf wechselnde Mehrheiten mindestens genauso sinnvoll. Ob die Partei aus dem Frust über die gescheiterten Verhandlungen heraus zur Fortsetzung dieser interessanten Arbeit findet, ist, man muss es offen sagen, ungewiss.

#### Parteiarbeit und zivilgesellschaftliche Kräfte

In den Kommunalwahlergebnissen zeigt sich überall in Bayern und besonders in München dass, um einen modernen Ausdruck zu wählen, Lobbygruppen Einfluss auf die Mandatsträger/innen suchen. Viele Wählergruppen haben sich direkt mit diesem Ziel konstituiert, das Phänomen zeigt sich aber auch im Parteileben und dies mit besonderer Härte, wenn solche Verbänden zugeneigte Kandidat/innen Mandate verfehlen. Ein solcher harter Fall ist in München eingetreten, wo der dritte Platz, den ein gewerkschaftlich besonders engagierter und unterstützter Kandidat erzielte, nicht mehr für ein Mandat reichte, während Cetin Oraner, der lebhafteste Unterstützung bei politisch aktiven Migrant/innen hat, ein Mandat erhielt. So hat die in München über die WASG-Vorgeschichte eng verbundene Gruppierung gewerkschaftlicher Funktionsträger keinen durch spezifische Loyalität mit ihr verbundenen Ansprechpartner. Eine spannungsreiche Situation, die auch schon zu Austritten geführt hat.<sup>7</sup>

Kommunale Politik verwirklicht sich traditionell in einem Geflecht biografisch entstandener und verbandlich organisierter Loyalität. Auf der linken Seite des Parteienspektrums war dafür die Beziehung von Selbstverwaltung und Gewerkschaftsbewegung typisch, die sich über Personalunion von Funktionsträgern realisierte. In den letzten Jahrzehnten verteilten sich die Gewerkschaftsmitglieder, das zeigt eine Fülle von Untersuchungen, auf das ganze Parteienspektrum. In Bayern fällt inzwi-

schen der größte Anteil auf die CSU. So muss die Gewerkschaftsbewegung sich für alle demokratischen Parteien ansprechbar halten.

Die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den politischen Institutionen können nicht mehr auf dem Wege der Personalunion von Funktionsträgern gepflegt werden. Die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und zwischen den Parteien bzw. Rathausfraktionen müssen durch die Öffentlichkeit vermittelt werden. Wer weiterhin versuchen wollte, innerhalb der Gewerkschaften bestimmten Parteien privilegierten Einfluss zu verschaffen, würde die innergewerkschaftliche Diskussion und Solidarität sinnlos belasten. Die Zeit der Bestimmung von Gewerkschaften durch parteipolitische Hegemonie ist vorbei. Umgekehrt erleben auch die Gewerkschaften, dass von bedingungsloser Loyalität verbundener Partei(en) nicht mehr die Rede sein kann. Die Transformation von loyalen, quasi-organischen, vertrauten und vertraulichen Verbindungen in öffentliche auszutragende Verständigungsprozesse ist schwierig. Er kann erfolgreich nur beschritten werden, wenn sowohl im Verbandswesen wie auch im Parteibetrieb der Trend zu Transparenz und Öffentlichkeit anhält. Auch in dieser Hinsicht ist die sachlich anspruchsvolle Situation wechselnder Mehrheiten und tastender Reformschritte in einer großen Stadt voller Chancen für eine Zukunft links von der Rechten.

*Martin Fochler*

- 1 Parteien müssen sich auf Kooperation mit Wählergruppen einstellen. München: Nach 20 Jahren verliert Rot-Grün-Rosa die Stadtratsmehrheit. [http://www.linkekritik.de/uploads/media/20140321\\_PB03.pdf](http://www.linkekritik.de/uploads/media/20140321_PB03.pdf),
- 2 Auswertung der Kommunalwahlen in Bayern 2014 von Julia Killeit, Regionalmitarbeitern KEV / RLS Bayern. [http://www.bayern.rosalux.de/fileadmin/ls\\_bayern/dokumente/Auswertung\\_der\\_Kommunalwahlen\\_in\\_Bayern09.04.2014.pdf](http://www.bayern.rosalux.de/fileadmin/ls_bayern/dokumente/Auswertung_der_Kommunalwahlen_in_Bayern09.04.2014.pdf)
- 3 <http://www.muenchen.de/rathaus/Stadinfos/Statistik/Wahlen/kommunalwahl.html>
- 4 ÖDP und Die Linke. vereinbaren Ausschussgemeinschaft. Fraktionsgemeinschaft für „Mensch, Umwelt und Demokratie“ nicht ausgeschlossen <http://www.dielinke-muc.de/post/2014/04/04/oedp-und-die-linke-vereinbaren-ausschussgemeinschaft/>
- 5 ÖDP erklärt Koalitionsgespräch mit Rot-Grün für beendet. 11.4. 2014. <http://www.oedp-muenchen.de/aktuelles/pressemitteilungen/nachrichtendetails/news/oedp-erklaert-koalitionsgespraech-mit-rot-gruen-f/>
- 6 Künftige Arbeitsweise im Stadtrat. <http://www.dielinke-muc.de/post/2014/04/11/kuenftige-arbeitsweise-im-stadtrat/>
- 7 Austrittserklärung von Orhan Akman, die letzten 6 Jahre Stadtrat der Linken. Orhan Akman hatte eine weitere Bewerbung um ein Stadtratsmandat bereits letzten Sommer ausgeschlossen. Die Austrittserklärung findet sich unter <http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt/mit-kurs-der-partei-nicht-zufrieden-irrsinn-stadtrat-akman-verlaesst-die-linkspartei.038856c3-24a2-4f4c-9cfe-c68b2311e216.html>

**SPD fährt alles an die Wand:** HAMBURG. Auf ihrer Klausur am Wochenende hat sich die SPD-Fraktion erneut vehement gegen eine Stadtbahn für Hamburg ausgesprochen. „Anscheinend hat die SPD die Ostseeluft nicht gut vertragen“, erklärt dazu Heike Sudmann, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft. „Was sie in Sachen U-Bahn-Ausbau auf den Tisch legt, ist jedenfalls für die Hamburgerinnen und Hamburger nur ‚Tetsche mit Utsichten‘.“ Das Versprechen neuer U-Bahn-Linien habe die SPD seit Jahrzehnten vor fast jedem Wahlkampf gegeben – und fast genauso oft gebrochen. „Als Argument gegen die Stadtbahn bringt die SPD jetzt die Proteste gegen die Busbeschleunigung an – das eine hat mit dem anderen aber nichts zu tun“, so Sudmann. „Zumal der Senat diese Proteste durch schlechte Planung ganz allein selbst verschuldet hat.“ Wer vom grünen Tisch aus plane und die AnwohnerInnen nicht frühzeitig und umfassend beteilige, fahre jede Planung gegen die Wand, kritisiert die Verkehrsexpertin. [www.die-linke-hamburg.de](http://www.die-linke-hamburg.de)

**„Bottrop bilanziell bankrott?“** Der Bottroper Linken liegen Informationen vor, nach denen das Innenministerium „auf einer sofortigen und dem Kursverfall angemessenen Wertberichtigung für die kommunalen RWE-Aktien besteht“. Demnach soll das Ministerium ausdrücklich auf die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage aus dem Mai 2013 verwiesen haben, wonach eine auf Jahre gestreckte Wertberichtigung inakzeptabel sei. Linken-Oberbürgermeister-Kandidat Günter Blocks befürchtet: „Dann ist Bottrop bilanziell bankrott. Dann droht uns der Sparkommissar. Das wäre möglicherweise das Aus für alle sogenannten ‚freiwilligen Leistungen‘. Dann könnte es sogar zu betriebsbedingten Kündigungen bei der Stadtverwaltung kommen.“ Und er fügt hinzu: „Offenbar will uns Oberbürgermeister Bernd Tischler erst nach der Kommunalwahl reinen Wein einschenken.“ Der Spitzenkandidat für den Rat, Christoph Ferdinand, verweist in diesem Zusammenhang auf die Forderung der Linken nach einer grundlegenden Gemeindefinanzreform: „Das wird vor den Wahlen auch von SPD- und CDU-Landtags- und Bundestagskandidaten immer wieder gerne versprochen. Tatsächlich passiert dann aber rein gar nichts: Jüngstes Beispiel hierfür ist der Wahlbetrug der GroKo an den Kommunen bei Soforthilfe und Eingliederungshilfe, die auf den St. Nimmerleins-Tag verschoben werden: Allein Bottrop gehen dadurch pro Jahr rund 6 Millionen Euro verloren. Angesichts des drohenden Bankrotts wird es jetzt höchste Zeit, dass besonders benachtei-

ligte Ruhrgebiets-Städte – wie Bottrop, Gelsenkirchen, Herne und Oberhausen – endlich eine gemeinsame Verfassungsklage gegen die systematische Unterfinanzierung der Kommunen einreichen.“

[www.dielinke-bottrop.de](http://www.dielinke-bottrop.de)

**148 Flüchtlingskinder in Köln besuchen keine Schule:** KÖLN. Eine Anfrage der Linken im Sozialausschuss brachte Klarheit über die Versorgung von Flüchtlingskindern mit Schulplätzen. Von 1089 minderjährigen Flüchtlingen in Köln besuchen 941 eine Schule, 148 nicht. Das entspricht 13,6% der schulpflichtigen Flüchtlinge. Jedes siebte Kind hat keinen Schulplatz. Dabei ist ein deutlicher Unterschied zwischen den Unterbringungsarten festzustellen. Während von den 491 in Wohnheimen untergebrachten Kindern 452 (92 %) zur Schule gehen, sind es von 252 in Hotels untergebrachten Flüchtlingen nur 143 (57%). Die Verwaltung geht davon aus, dass alle 346 Kinder, die in regulären Mietwohnungen untergebracht sind, zur Schule gehen. Dazu erklärt der Fraktionssprecher Jörg Detjen: „Eine gute Unterbringung der Flüchtlinge ist noch wichtiger als bisher gedacht. Auch für die Sicherung der Schulpflicht ist der Bau von dezentralen Wohnhäusern der richtige Weg. Jetzt müssen die acht neuen Standorte schnell umgesetzt und dann weitere geplant werden.“ Jörg Detjen begrüßt weiter, „... dass nun zusätzliche Sozialarbeiter/-innen in den Hotels eingesetzt werden. Sie spielen als Lotsen und Unterstützer/-innen der Familien eine wichtige Rolle. Damit die Kinder auch gut in der Schule an- und weiterkommen brauchen wir verschiedene Unterstützersysteme: die Anstrengung der Schulen, ausreichende Lehrerstellen durch das Land und ausreichend Stellen bei der Verwaltung. Genauso wichtig ist das Engagement der Ehrenamtlichen z.B. in Nachbarschaftsinitiativen und an Schulen. Hier sind wir der Meinung, dass wir zwei zusätzliche Stellen zur Koordinierung der Helfer/-innen brauchen. Damit ist die Verwaltung sonst überfordert.“

[www.linksfraktion-koeln.de](http://www.linksfraktion-koeln.de)

**Gegen die Werbeoffensive der Bundeswehr an den Schulen:** KASSEL. In der HNA vom 4.4.2014 sieht man einen smarten Bundeswehr-Jugendoffizier, der als Ansprechpartner für Schulen und Verbände vorgestellt wird. Mit der unglaublichen Überschrift: „Auf Tour in Sachen Bildung“ ... Wird durch die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft in den letzten Jahren es schon als normal angesehen, dass die Bundeswehr die politische Bildung an den Schulen übernimmt? Sollte das nicht die Aufgabe der dafür ausgebildeten Lehrkräfte sein? „Es ist ein ungeheuerlicher Vorgang, der nicht zu akzeptieren ist. Bildung und Er-

ziehung sollen geprägt sein durch Gewaltfreiheit und die Erziehung zum Frieden“, so Dr. Marlis Wilde-Stockmeyer für die Kasseler Linke. In dem Werbeartikel bietet der junge Kapitänleutnant sicherheitspolitische Bildung und Weiterbildung „vor Ort über die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie über die Aufgaben, Aufträge und Einsätze der Bundeswehr in aller Welt“ an und sogar mehrtägige Exkursionen zu Bundeswehrstandorten! Die Bundeswehr wurde von einer nationalen Verteidigungsarmee zu einer international agierenden Interventionsarmee umgestaltet und weitet ihr Einsatzgebiet immer globaler aus. Gewöhnen wir uns schon daran? <http://kasseler-linke.de/>

**Den Hahn abgedreht, die Steckdose abgeklemmt:** BREMEN. Unzählige Bremerinnen und Bremer erfahren jedes Jahr wie es ist, wenn man buchstäblich auf dem Trockenen sitzt oder bei Kerzenschein in der dunklen Wohnung, weil der örtliche Versorgungsbetrieb den Anschluss abgestellt hat, nachdem man seine Rechnung nicht bezahlen konnte. Parlamentarische Initiativen der Linksfraktion haben gezeigt, dass die Anzahl der sogenannten Energiesperren im Land Bremen zunimmt. Dies war Anlass genug für die Fraktion Die Linke, um zu einer Veranstaltung zu diesem Thema ins Nachbarschaftshaus Helene Kaisen in Gröpelingen zu laden. Energiearmut wird für immer mehr Menschen zu einem ernsthaften Problem. Steigende Preise bei Wasser, Strom und Gas fressen in wachsendem Maße die Löhne und Gehälter, besonders bei GeringverdienerInnen oder belasten unzumutbar die schmalen Budgets von BezieherInnen von Transferleistungen. Die Linksfraktion sieht hingegen in dem freien Zugang zu Wasser und Strom ein Menschenrecht und spricht sich gegen jede Form von Energiesperren aus. Im Vorfeld der Veranstaltung führte die Fraktion an mehreren Tagen Befragungen vor dem Jobcenter West in Gröpelingen durch zu gemachten Erfahrungen mit Wasser- und Stromsperren. Viele Gespräche kamen zustande, da doch mehr Personen als erwartet bereits mit dem örtlichen Energieversorger swb in Konflikt geraten waren. Das Ergebnis der Befragungen wurde auf der Diskussionsveranstaltung vorgestellt. Zentrales Thema war vor allem die Frage nach Hilfen zur Selbsthilfe, sprich Beratungsmöglichkeiten, juristischen Hilfen, etc. Der Abend endete mit der einhelligen Ansicht, dass weitere Initiativen, in der Bürgerschaft wie außerparlamentarisch folgen müssten, um endlich ein wirksames Ende der Energiesperren zu erreichen. [www.dielinke-bremen.de](http://www.dielinke-bremen.de) (Zusammenstellung: ulj)

## „Die Bildung gehört uns“

Die IG Metall Jugend fordert einen individuellen Anspruch auf Zeit und Geld für Weiterbildung – für alle. Auf dem „Revolutionären Bildungskongress“ konkretisierten etwa 300 junge IG Metalller ihre Forderungen zur Kampagne „Revolution Bildung“. Zuvor hat die IG Metall dazu tausende Azubis, Studierende und junge Beschäftigte in den Betrieben befragt. Die IG Metall Jugend fordert gesetzliche und tarifliche Regelungen, die allen einen Anspruch auf Weiterbildung sichern. Das ist das Ergebnis des „Revolutionären Bildungskongress“ in Filderstadt, bei dem vom 28. und 29. März rund 300 junge Aktive der IG Metall die Ziele der Kampagne „Revolution Bildung“ konkretisiert haben.



Der individuelle Weiterbildungsanspruch soll zum einen über gesetzliche Regelungen gesichert werden: ein neues Weiterbildungsgesetz, eine Neufassung des Berufsbildungsgesetzes sowie eine neue Studienförderung, die das bisherige BaFöG ablöst. Zum anderen sollen tarifliche Regelungen

den Beschäftigten die Freistellung und Finanzierung für die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen sichern.

In den Wochen vor ihrem Bildungskongress hatte die IG Metall Jugend tausende Azubis, Studierende und junge Beschäftigte in den Betrieben befragt, um die Notwendigkeiten, Er-

wartungen und Wünsche hinsichtlich jeder Art von Weiterbildung der jungen Menschen als Forderungen der Kampagne aufnehmen zu können. Ergebnis: Es fehlt an Zeit und Geld, gleichermaßen. Wer sich weiterbilden will, muss dafür freigestellt werden, verdient in dieser Zeit kein oder weniger Geld und soll dann auch noch die Bildungsmaßnahmen aus eigener Tasche zahlen. Das kann nicht gut gehen.

Auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht ist die IG Metall aktiv: So fordert die Gewerkschaft im Rahmen der Kampagne eine grundlegende Novelle des Berufsbildungsgesetzes (BBiG), eine gerechte Ausgestaltung des BAföG und verlangt ein Weiterbildungsgesetz, um die Forderungen nach gesetzlichen und tariflichen Regelungen auch auf gesetzlicher Ebene festschreiben zu können.

### Für gleiche Chancen auf Bildung und Weiterbildung

„Bildung ist ein Menschenrecht“, erklärt Christiane Benner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. „Die Demokratie lebt von Menschen, die Zusammenhänge erkennen und die in der Lage sind, sich ein Urteil zu bilden.“ Daher sei gute Bildung für alle eine Kernforderung der Gewerkschaften.

Benner kritisierte das aktuelle Bildungssystem und forderte mehr Chancengleichheit. Dazu müsse die Dreiteilung des Schulsystems abgeschafft werden. Vor allem jedoch seien die Unternehmen gefordert, mehr zu tun. Sie forderte, dass die Unternehmen mehr Geld und Zeit in die Weiterbildung investieren. Dies sei die Voraussetzung dafür, dass lebenslanges Lernen wirklich für alle möglich wird.

**Nächster Höhepunkt der Kampagne „Revolution Bildung“ wird im Herbst ein Aktionstag im Köln sein. Dazu erwartet die IG Metall mehrere zehntausend Menschen.**

[www.igmetall.de](http://www.igmetall.de)

### Tarifrunde 2014:

## Soziale Komponente durchgesetzt

Die Tarifaufeinandersetzung im öffentlichen Dienst 2014 ist – selten schnell – am 1. April 2014 zu Ende gegangen. Der Tarifabschluss kann sich auch in seiner Höhe, aber insbesondere wegen seiner sozialen Komponente sehen lassen, auch wenn das Ergebnis hinter der Forderung von 100 Euro + 3,5% zurückbleibt.

Verabredet wurde eine Lohnerhöhung zum 1. März 2014 um 3 %, mindestens aber um 90 Euro. Zum 1. März 2015 folgt eine lineare Erhöhung um 2,4%. Damit konnte Verdi eine zentrale Forderung durchsetzen, die bis zuletzt von den Arbeitgebern abgelehnt wurde. Schon

vor Beginn der Verhandlungen hatte Bundesinnenminister de Maiziere die Gewerkschaftsforderung als „maßlos“ bezeichnet. Die Kommunalen Arbeitgeber haben sogar mit Privatisierung gedroht. Der Kommunale Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen, mit seinem Vorsitzenden Oberbürgermeister Jürgen Roters, machte noch vor der 3. Verhandlungsrunde seine Ablehnung eines Sockelbetrags deutlich: „Hierdurch würden Berufsgruppen überproportional verteuert, obwohl diese schon heute deutlich über dem Entgelt-niveau privater Wettbewerber liegen.“

Neben den Entgelterhöhungen für die

Beschäftigten wurde in der Tarifeinigung u.a. für die Auszubildenden eine Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 60 Euro in zwei Schritten (40 Euro + 20 Euro) verabredet, sowie eine Angleichung der Urlaubsansprüche auf 30 Tage (+1) für alle Beschäftigten und 28 Tage (+1) für die Auszubildenden. Auf der Strecke blieben u.a. die Forderungen für den Nahverkehr und zur sachgrundlosen Befristung. Im Nahverkehr wollte Verdi aufgrund der Belastung der Beschäftigten im Nahverkehr eine Zulage von 70 Euro bzw. zusätzliche freie Tage durchsetzen. Sachgrundlose Befristungen wollte Verdi im TVöD

grundsätzlich ausschließen. Vor dem Hintergrund, dass es allein bei der Stadt Köln inzwischen etwa 1000 Beschäftigte gibt, deren Arbeitsverträge ohne Sachgrund befristet sind, bleibt dies ein Thema, das auf der Agenda der Gewerkschaft bleiben muss.

Letztlich überwiegt aber auf der Habenseite nicht nur für die Beschäftigten der unteren Entgeltgruppen die Durchsetzung des Mindestbetrags. Bis zur Entgeltgruppe 8 führt der Mindestbetrag zu einer überproportionalen Erhöhung. In der Entgeltgruppe 1 etwa, in der das Einstiegseinkommen bei 1541,78 Euro (Brutto) liegt, führt der Mindestbetrag von 90 Euro zu einer Steigerung des Einkommens um 5,8 %. In der Entgeltgruppe 5 führt der Mindestbetrag abhängig von der Beschäftigungsdauer immerhin noch zu einer Steigerung um 4,5 bis 3,5%. Erst ab einem Bruttoeinkommen von über 3000 Euro übersteigt die vereinbarte lineare Erhöhung den Mindestbetrag von 90 Euro.

Zentral für den Erfolg von Verdi ist nicht zuletzt die erfolgreiche und frühzeitige Mobilisierung zu Warnstreiks. Am 18. März hatten in Köln bereits 6000 Beschäftigte die Arbeit niederlegt. Nachdem der Nahverkehr am 26. März mit einem bundesweiten Streiktag vielerorts für Stillstand bei Bussen und Bahnen gesorgt hatte, folgten am 27. März in Nordrhein-Westfalen über 50000 Beschäftigte dem Warnstreikaufruf von Verdi, bundesweit waren an diesem Tag über 100000 Beschäftigte im Ausstand. Mit den Warnstreiks von Verdi u.a. bei Bus und Bahn, in den



Kindertagesstätten, bei der Straßenreinigung, der Müllabfuhr, in der Verwaltung, bei den städtischen Bädern, den Versorgern, den Flughäfen, den Grünarbeitern und Straßenwärtern, den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen konnte Verdi zwei wichtige Erfolge verbuchen:

Den Beschäftigten wurde deutlich, welche Stärke sie haben, wenn sie gemeinsam kämpfen und den Arbeitgebern konnte deutlich gemacht werden, dass Verdi bereit ist, ihre Forderungen mit umfangreicheren Streiks im öffentlichen Dienst durchzusetzen.

aus Lokalberichte Köln, Nr. 7-2014

**Deutsche Industrie erwartet Wachstumsschub durch „Industrie 4.0“.** FAZ, Die., 8.3.14. – In den nächsten Jahren erwarten die Verbände Bitkom, VDMA (Maschinenindustrie) und ZVEI (Elektroindustrie) einen Umsatzschub aus der weiteren Entwicklung von Industrie 4.0, also die Vernetzung der Produktion. (ZVEI-Präsident F. Loh) Der Bitkom (Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien) hat sich vom Fraunhofer Institut für Arbeitswissenschaft und Organisation ausrechnen lassen, dass diese vierte industrielle Revolution in den sechs Branchen Informationstechnologie, Maschinenbau, KfZ-Industrie, Elektroindustrie, Chemie und Landwirtschaft bis 2025 zusätzlich 78 Mrd. Euro zusätzlichen Umsatz generieren wird. ... Für dieses Wachstum, ... wäre weitere Arbeit bei der Datensicherheit, zur Standardisierung und zum lückenlosen Ausbau des Breitbandnetzes in Deutschland nötig.

**Wirtschaft plant „intelligente Städte“.** – Nach Umfrage des Elektroverbandes VDE sollen „Smart Cities“ bis spä-

testens 2030 „in volkswirtschaftlich bedeutendem Umfang entstehen. Von diesem Trend, an dem v.a. aus demografischen Gründen kein Weg vorbei führt, sollen nicht nur die Bewohner profitieren, sondern auch Gebäude- und Elektrotechnik, Energieversorger, IT- und Kommunikationsbranche. In den Millionenstädten der Schwellenländer sind hier flächendeckende Infrastrukturen für Energie, Wasser, Abwasser und Müllentsorgung wichtig, in den Industrieländern so ein wirtschaftlich attraktives Umfeld bereit gestellt werden, um im Wettbewerb der globalen Regionen vorne mitzuspielen. Laut VDE ist für die Smart City von morgen Folgendes nötig: Daten sammeln, übertragen und auswerten. Smart Meter messen schon heute Strom-, Wasser- und Gasverbrauch. Sensoren in der Fahrbahn messen Geschwindigkeiten und zählen Fahrzeuge. Um dem klimaneutralen Ballungszentrum näher zu kommen, „bedarf es einer Neuordnung der Lebensbereiche“. Wohnen und Arbeiten seien im modernen Stadtbild getrennt. Nachhaltig orientierte Urbanität verlange jedoch nach räum-

licher Nähe. Der VDE schlägt eine „Smart-City-Initiative“ vor. Deutschland soll die internationale Führerschaft für dieses Thema übernehmen.

**Wirtschafts-  
presse**

**Textil- und Modeindustrie sieht Handlungsbedarf bei sozialen Standards.** FAZ, Die, 8.4.14. Ein Jahr nach den fatalen Bränden und Einstürzen von Textilfabriken in Bangladesch, bei denen 1135 Menschen durch den Einsturz begraben wurden und 1500 verletzt, hat der Bundeswirtschaftsminister für Entwicklungshilfe, G. Müller, ein neues Gütesiegel ins Gespräch gebracht. Es solle Kleidung kenntlich machen, die nachhaltig produziert und unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen hergestellt wurde. Die Branche hat auf dem Hintergrund des wachsenden Drucks ihrer Kunden bereits eine Reihe entsprechender Zertifikate geschaffen. Es sei nicht so, dass es zu wenig Gütesiegel in der knapp 17 Mrd. Euro großen Branche gäbe, aber viele Gütesiegel versprächen mehr als sie halten könnten.

Zusammenstellung: rst

# „Spirituelle Einheit“ oder Bruchlinien einer Nation – Die orthodoxen Kirchen in der Ukraine

Die Ukraine wird in diesen Wochen zwischen EU und Russland zerrieben. Dass dies möglich ist, hat Ursachen im Inneren des Landes. Will man diese Bruchlinien einer Nation aufspüren, ist es manches Mal nicht verkehrt, den Weg über die Kirchengeschichte zu nehmen. Kirchliche Strukturen haben eine viele Jahrhunderte alte Vergangenheit. Sie sind tief in den gesellschaftlichen Verhältnissen und im Langzeitgedächtnis eines Volkes verwurzelt. Hervor getrieben aus alten sozialen gesellschaftlichen und ethnischen Widersprüchen, besitzen sie genügend Eigendynamik, um diese Konflikte zu verschärfen und auszubauen. Ein Blick auf die für Außenstehende verwirrenden Verhältnisse der christlichen, insbesondere orthodoxen Kirchenorganisationen in der Ukraine soll einen Beitrag dazu leisten, diese Widersprüche aufzuspüren. Wenn wir hier die unterschiedlichen orthodoxen und katholischen Kirchen darstellen, tun wir das nicht, um deren dogmatische oder liturgische Differenzen nachzubeten. Ganz untheologisch wollen wir versuchen herauszufinden, wer hier wessen Geschäft betreibt.

## Orthodoxes Christentum, was ist das?

Diese Frage ist schwerer zu beantworten als es zunächst scheint. Oft wird – besonders seitens katholischer Autoren – statt von „orthodox“ von „ostkirchlich“ gesprochen. Aber das ist ungenau. Mit dieser Beschreibung bezieht die Katholische Kirche sowohl die orthodoxen Kirchen als auch die mit dem Papst in Rom unierte Kirchen des Ostens mit ein. Aber die



Die Nachrichtenagentur der Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche (UGKK) schreibt im Februar 2014 unter dieses Foto: „Seine Seligkeit Sviatoslav (Shevchuk) weihte das ukrainische Volk unter den Schutz der Gottesmutter. Der Vater und das Oberhaupt der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche entsprach damit der Bitte hunderter Ukrainer.“

ebenso stark vorhandenen protestantisch-reformatorischen Kirchen innerhalb der Ostkirchen werden mit dieser Begrifflichkeit nicht beachtet.

Nach dem Selbstverständnis aller orthodoxen Kirchen gibt es zwei einander ergänzende Herleitungen der Selbstbezeichnung „orthodox“: „recht glauben“, also „rechtgläubig“, ist die eine, „recht lobpreisen“ die andere. Es sind die orthodoxen Kirchen, in denen die Liturgie als Ausdruck der Rechtgläubigkeit eine zentrale Bedeutung hat. Die Länge orthodoxer Gottesdienste sowie die starke Bedeutung von

liturgischem Gesang verbunden mit der zentralen Verehrung von Ikonen, die durch Dramatik und Ausmalung den Gläubigen die Heilsgeschichte vermitteln, kennzeichnen selbst für den Außenstehenden das Eigentümliche der Orthodoxie. Der russische Dichter Nikolai Wassiljewitsch Gogol (1809 bis 1852) schreibt voller Faszination: „Die Wirkung der göttlichen Liturgie auf die Seele ist ungeheuer: sichtbar vor den Augen, vor der ganzen Welt vollzieht sie sich ... Wenn der Andächtige nur mit Eifer und Frömmigkeit jeder Handlung folgt und sich an die Aufrufe des Diakons hält, so erwirbt er sich schon dadurch ein hochgemutes Herz, Christi Gebote werden erfüllbar, Christi Joch wird sanft und seine Last leicht. Verlässt er das Gotteshaus, wo er am göttlichen Liebesmahl teilgenommen hat, erblickt in allen seine Brüder.“

## Von Byzanz über Kiew nach Moskau: Die russisch-orthodoxe Kirche

Im Jahre 1453 war Konstantinopel, die Hauptstadt des oströmischen Byzantinischen Reiches, den Osmanen in die Hände gefallen. Seitdem residiert der ökumenische Patriarch aller Orthodoxen Christen auf einer kleinen Insel vor Istanbul in Form eines goldenen Exils. Damals hat der Metropolit von Moskau die Führung über die Orthodoxe Welt übernommen. Moskau versteht sich kirchengeschichtlich als das heilige



Fortsetzung S. 19

# „Wer Kiew hat, kann Russland zwingen!“

## Deutsche Herrschaft in der Ukraine 1918 bis 1919

Zwei Mal, 1918 und 1941, marschierten deutsche Truppen in die Ukraine ein. Beim ersten Mal waren es die kaiserlichen Truppen, die der jungen Republik auf Bitten bürgerlicher Kräfte „zur Hilfe“ eilten. Beim zweiten Einmarsch im Jahre 1941 war es das Ziel der deutschen Faschisten, die UdSSR zu vernichten.

Der im Auswärtigen Amt tätige Journalist Paul Rohrbach schrieb 1916: „Ohne die Ukraine ist Russland nichts. Hat es kein Eisen, keine Kohle, kein Korn, keine Häfen! Alles große Leben in Russland muss versiegen, wenn ein Feind die Ukraine packt. Wenn aber der Tag kommt, wo Russland das Schicksal herausfordert, und dann hat zufällig dort, wo bei uns die Entscheidungen getroffen werden, jemand so viel Kenntnis von den Dingen und so viel Entschlossenheit, dass er die ukrainische Bewegung richtig loszubinden weiß – dann, ja dann könnte Russland zertrümmert werden. Wer Kiew hat, kann Russland zwingen!“

Am 1. Dezember 1991 sprachen sich in einer Volksabstimmung 90 Prozent der Bevölkerung der Ukraine für die Unabhängigkeit des Landes aus. Der Abfall der Ukraine von der alten Sowjetunion versetzte dieser den Todesstoß. Denn sie war gemessen an ihrer Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft nach der Russischen Föderation die wichtigste Republik. Noch im selben Monat wurde die UdSSR aufgelöst und durch die lose Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) ersetzt.

### Die Bildung der „Ukrainische Volksrepublik“ unter der Schutzmacht Deutschland

Einen eigenständigen ukrainischen Staat hatte es bisher noch nicht wirklich gegeben. Allerdings: Es gab ein

kleinen Versuch einer Staatenbildung bis wenige Monate über das Ende des Ersten Weltkriegs hinaus. Mitte 1917 bildete sich in der Ukraine eine eigene Regierung. Diese sogenannte „Rada“ oder auch der „Rat“ ist die ukrainische Entsprechung für das russische Wort „Sowet“. Am 20. November 1917 gründete sie die „Ukrainische Volksrepublik“ und erklärte sie für autonom vom Zarenreich, wenig später auch unabhängig von dem neu gegründeten revolutionären Russland. Die „Rada“ war eine Versammlung unterschiedlichster Strömungen von Bürgerlichen, Sozialisten und Sozialrevolutionären. Die Selbständigkeit ihrer Herrschaft stand von Beginn an auf wackeligen Füßen. Denn die Bolschewiki, verbunden mit ihren Genossen in Moskau, reklamierten auch in Kiew die Macht für sich.

Dieser erste ukrainische Staat von 1917/18 war das Produkt ukrainischen Unabhängigkeitsstrebens. Zugleich aber auch der Versuch des Deutschen Reiches, einen Vasallenstaat zu schaffen. Denn wollte die „Rada“ politisch überleben, brauchte sie Unterstützung von außen. Sie setzte auf die damaligen europäischen „Mittelmächte“, das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn. Während diese gerade mit dem bolschewistischen Russland in Brest-Litowsk Friedensgespräche führten, tauchte eine Delegation der Ukrainischen Volksrepublik am Verhandlungsort auf und trat mit den Bevollmächtigten des Deutschen Reiches in Geheimverhandlungen ein. Am 8. Februar 1918 stürzten die Bolschewiki die „Rada“ in Kiew. Noch am gleichen Tag schloss diese ukrainische Delegation ein Bündnis mit dem Deutschen Reich: Deutsche Truppen sollten die Bolschewiki vertreiben und die „Rada“ wieder an die Macht bringen. Im Gegenzug sollte Deutschland 1 Mio. Tonnen Getreide erhalten. Einen Tag später, am 9. Februar 1918, schloss die Ukraine dann einen Separatfrieden mit dem Deutschen Reich. Und

am 21. März 1918 startete die deutsche Frühjahrsoffensive an der Westfront.

Die deutsche Militärführung verband große Hoffnungen mit diesem Projekt. Hatte doch die britische Seeblockade seit 1914 zu einer katastrophalen Versorgungslage im Reich geführt. Im Generalstab hielt sich die Vorstellung von der ukrainischen „Kornkammer“, deren Nahrungsreserven man nur abzuschöpfen brauche. Vom 18. Februar 1918 an marschierten Truppen der Heeresgruppen Alexander von Linsingen und Hermann von Eichhorn offiziell als Schutzmächte der „Rada“ in die Ukraine ein. Die Deutschen drangen mit einem „Eisenbahnfeldzug“ zügig in das Innere des Landes vor. Schnell konnten sie die schlecht organisierten Truppen der Bolschewiki vertreiben. Auch Österreich-Ungarn schloss sich einige Tage später diesem Feldzug an, denn sie wollten von dieser scheinbar leichten Beute einen Brocken ab bekommen. Während die nördliche Ukraine sowie die Krim unter deutsche Kontrolle fielen, wurde Österreich-Ungarn ein breiter Besatzungstreifen in der Südukraine zugestanden.

Die Deutschen hielten nach der Einnahme Kiews Anfang März die „Rada“ wieder in den Sattel. Doch deren Macht war schwach: Ihre Politiker hatten in der eigenen Bevölkerung kaum Rückhalt. Als schwerste Belastung für das deutsch-ukrainische Verhältnis erwiesen sich die versprochenen umfangreichen Getreidelieferungen. Die Ukraine konnte ihre Zusagen nicht einhalten. Konflikte zwischen dem deutschen Militär und der ukrainischen Regierung waren die Folge.

### Das Verhalten deutscher Truppen

Um sich das versprochene Getreide zu sichern, zogen deutsche Truppen durch das Land und beschlagnahmten Bestände ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung. Beim Einmarsch im Februar 1918 war noch in mehreren Befehlen betont worden, man sei von der ukrainischen Regierung als befreundete Schutzmacht und Befreier vom Bolschewismus ins Land gerufen worden. Dann erhoben sich andere Stimmen. Aufstandsbewegungen seien im Keime zu ersticken, bewaffnete Aufständische sofort zu exekutieren. In der Tat hatten bolschewistische Revolten weite Teile des Landes erschüttert. Im ganzen Land lagerten Waffen, die von ehemaligen zaristischen Soldaten bei ihrer Rückkehr in die Heimat einfach mitgenommen



Foto: „Die Delegation der Ukrainischen Volksrepublik auf der Friedenskonferenz in Brest-Litowsk.“

worden waren. Diese Waffen konnten nun leicht von den Partisanen benutzt werden. Die deutsche Militärführung befahl ihren Truppen als vorrangige Aufgabe: Einbringen von Getreide, Einsammeln der Waffen und die Bekämpfung der bolschewistischen Aufständischen. Vielfach wurden unschuldige Zivilisten getötet und ganze Dörfer angezündet. Mit gefangenen Bolschewiki machte man ohnehin meist kurzen Prozess. Lapidar berichtete eine Brigade der Bayerischen Kavallerie-Division beim Vormarsch auf die Krim-Halbinsel im April, man habe grundsätzlich keine Gefangenen gemacht. Dies habe sich außerordentlich bewährt.

In den Monaten Mai und Juni 1918 begann man auf deutscher Seite umzudenken, weil man erkannte, dass ein blindes Drauflosschlagen zwar eine kurzfristige Beruhigung, keinesfalls aber eine dauerhafte Befriedung des Landes ermöglichte und Ausschreitungen deutscher Truppen die ländliche Bevölkerung nur in die Arme der Bolschewiki trieben. Letztendlich, so die Heeresgruppe Eichhorn in einem Bericht, würden nur gut zehn Prozent der Landbevölkerung die Bolschewiki unterstützen. Das Niederbrennen von Häusern wurde daher ausdrücklich verboten.

Auch innenpolitisch änderten sich die Verhältnisse. Anfang Mai 1918 kam es zu einem Staatsstreich des ehemaligen zaristischen Generals Pawlo Skoropadskij gegen die „Rada“. Skoropadskij ließ sich zum „Hetman der Ukraine“ ausrufen. Hetman ist eine feudaler Begriff für Hauptmann oder Feldherr. Er wurde damit zu einem „Reichsverweser“ bzw. „Statthalter“ des deutschen Kaisers und bildete ein deutschhöriges autoritäres Regime. Die Deutschen hatten Partner gefunden, mit dem sie zusammenarbeiten konnten.

#### Deutsche „Ukrainisierung“

Im Juli 1918 erließen die Hetman-Regierung und die Heeresgruppe Eichhorn Anordnungen zur Zusammenarbeit von ukrainischen und deutschen Stellen. Bei der Unterdrückung von Unruhen wollten beide Seiten eng kooperieren. Ein bewaffneter Selbstschutz in den Dörfern wurde eingerichtet. Die Bevölkerung selbst sollte sich gegen die bolschewistischen Partisanen wehren können. Für heutige Verhältnisse modern, verfolgte die deutsche Militärführung mit ihrer Besatzungspolitik seit September 1918 eine „Ukrainisierung“. Nicht unerwähnt bleiben soll hier das erfolgreiche Attentat auf den Generalfeldmarschall Hermann von Eichhorn durch einen Sozialrevolutionär am 30.



„Kaiser Wilhelm II. empfängt den ‚Hetman der Ukraine‘, Pawlo Skoropadskij. Deutsches Pressefoto“

Juli 1918 in Kiew.

Als Sozialisten am 20. November 1918 die Regierung Hetman stürzten, brach dessen Herrschaft im ganzen Land in sich zusammen. Auch in Kiew bildete sich nun ein revolutionärer Soldatenrat, der das weitere Eingreifen deutscher Wehrmachtstruppen verhinderte. Leider versank die Ukraine in einen unübersichtlichen blutigen Bürgerkrieg. Bereits am 4. November 1918 war die sich in Auflösung befindliche österreichisch-ungarische Ostarmee überhastet aus der Ukraine abgezogen. Nach Ende des Krieges im Westen durften die deutschen Truppen nach Absprachen mit den Siegermächten noch mehrere Wochen in der Ukraine verbleiben, um dort, so ihr Auftrag, die „Ordnung einigermaßen aufrechtzuerhalten“. Die Hoffnung, Teile der Ukraine für deutsche Interessen noch weiterhin besetzt zu halten, zerschlugen sich. So zogen sich die deutschen Einheiten bis März 1919 endgültig zurück. Das war das erste unrühmliche Ende der deutschen Herrschaft im 20. Jahrhundert in der Ukraine.

Karl-Helmut Lechner

Beitrag stützt sich auf einen Artikel von Peter Lieb in „Militärgeschichte, Zeitschrift für historische Bildung“, Ausgabe 4/2008, S. 10 – 13. Aus diesem Heft stammen auch die verwendeten Bilder. Peter Lieb ist Senior Lecturer im Department of War Studies an der Royal Military Academy Sandhurst und Research Fellow an der University of Salford, UK.

Fortsetzung von Seite 17

apostolische „Dritte Rom“. Das Erste, das alte, „kaiserliche“ Rom in den ersten Jahrhunderten des Christentums sei einer Häresie verfallen und das Zweite Rom, womit Byzanz bzw. Konstantinopel gemeint ist, wurde aufgrund seiner Unionsbemühungen mit dem päpstlich-katholischen Rom von Gott bestraft, indem er die Stadt durch die Türken erobern ließ. Die enge Verbindung mit den russischen Herrscherhäusern seit Zar Boris Godunow (1552 bis 1605) sicherte diesen Führungsanspruch bis 1917 ab. Völlig geradlinig auf dieser kirchlich-imperialen Linie propagiert seit dem Ende der UdSSR das Moskauer Patriarchat die Wiederherstellung der „spirituellen Einheit“ der Orthodoxie. Das Moskauer Patriarchat verlieh den ihm loyalen orthodoxen Kirchen in Litauen, Estland, Lettland, Weißrussland und der Ukraine nach 1990 die Selbstständigkeit. Aber gegenüber der Ukraine hieß es zum Beispiel in der Schlussklärung des Konzils der russisch-orthodoxen Kirche im Jahre 2007, dass sie ein untrennbarer Teil der „russisch-orthodoxen Zivilisation“ bleibe. Diese Besonderheit habe mit der „Taufe der Kiewer Rus“ – auf dem Gebiet der Ukraine – begonnen. Nach der Gründungslegende ließ der Großfürst Wladimir sein Volk im Jahr 988 im Dnjepr taufen. Die „Heilige Rus“ sei „die gemeinsame Quelle der Staatlichkeit und der christlichen Kultur unserer Völker. (...) Wir erklären entschieden, dass die Einheit der heiligen Rus die größte Errungenschaft unserer Kirche und unserer Völker ist, ein Schatz, den wir mit all unserer Kraft verteidigen werden.“

Dass der Begriff „Zivilisation“ nicht nur historisch und religiös gemeint ist, sondern zugleich politisch, wird aus Äußerungen des Moskauer Patriarchats klar. So nannte der Metropolit Kirill die Auflösung der Sowjetunion „eine Tragödie so groß wie die Teilung Deutschlands im Jahre 1945“. Die Kirche des Moskauer Patriarchats sei „das letzte und einzige Band, das die Rus-Zivilisation zusammenhält. ... Indem sie alles bewahrt, was aus Menschen eine einzige Nation macht. Das ukrainische und das russische Volk bilden danach eine historische kulturelle Gemeinschaft. Daher bezeichnet sich Kirill selbst als der „Heilige Patriarch Moskaus und der ganzen Rus“, Patriarchen aller osteuropäischen orthodoxen Christen, ungeachtet ihrer Nationalität.

#### Kirchen der Ukraine präzise erfasst: UOK-MP, UAOK, UOK-PK, UGKK und römisch-katholische Kirche

In wohl keinem anderen Staat Mittel- und Osteuropas stellt sich die kirchliche Lage derart kompliziert dar wie in

Fortsetzung S. 20

der Ukraine. Es gibt heute neben drei orthodoxen und zwei katholischen Kirchen zahlreiche evangelische Gemeinden und Organisationen; außerdem ist der Islam unter den auf der Krim lebenden Tataren sehr verbreitet. Diese komplexe Situation hängt damit zusammen, dass das Gebiet der heutigen Ukraine in der Vergangenheit zu sehr vielen und sehr unterschiedlichen Staaten gehört hat. Ganz oder in Teilen war die Ukraine Bestandteil des Zarenreiches, aber ebenso Österreichs und Polens. Das hat die jeweilige „geopolitische“ Ausrichtung der Bevölkerung geprägt: also die Frage beeinflusst, ob sich das Land eher zum Westen, nach Polen, oder eher nach Osten, nach Russland, orientiert. Dementsprechend hat sich ganz unterschiedlich ein ukrainisches Bewusstsein in den verschiedenen Teilen dieses großen Landes entwickelt. In manchen Gebieten fühlt man sich als Ukrainer eher als zu Europa gehörig. Das ist, historisch und geografisch bedingt, am stärksten im Westen, dem ehemaligen Galizien, in der Nähe zu Polen der Fall. Während man im Osten eine enge Verbindung mit Russland selbstverständlich für wichtig hält. Dies alles spiegelt sich wider in den vielfältigen kirchlichen Strukturen. Die drei orthodoxen Kirchen in der Ukraine haben zwar sehr zum Verwechseln ähnliche Bezeichnungen. Doch ihre kirchlichen und politischen, vor allem nationalen Ausrichtungen könnten unterschiedlicher nicht sein.

#### **Ukrainische orthodoxe Kirche, Patriarchat Moskau (UOK-MP).**

Die größte Organisation ist die Ukrainische Orthodoxe Kirche, die oft mit dem Zusatz „Moskauer Patriarchat“ von den anderen unterschieden wird (UOK-MP). Sie lebt in kirchlicher Gemeinschaft mit der Russischen Orthodoxen Kirche und genießt ihr gegenüber seit 1990 einen halbautonomen Status: Ihr Oberhaupt, Metropolit Volodymyr, ist kraft seines Amtes Mitglied des Synods der Russischen Orthodoxen Kirche. Die UOK-MP kann ihre inneren Angelegenheiten selber und unabhängig von Moskau verwalten. Vor allem aber ist sie die einzige Kirche, die von den anderen orthodoxen Kirchen der Welt als kanonisch, das heißt als vor der kirchlichen Tradition und dem Kirchenrecht als legitim anerkannt wird. Die meisten ihrer Gemeinden hat sie im Süden und im Osten des Landes. Die UOK-MP ist so stark, weil sie wichtige Argumente auf ihrer Seite hat. Die Kanonizität, die theologische Rechtmäßigkeit gemäß orthodoxem Kirchenrecht, ist auch vielen kritischen Gläubigen sehr wichtig. Die UOK-MP ist die einzige orthodoxe Kirche, deren Priester und Hierarchen eine kanonisch vollgültige Weihe im Sinne der apostolischen

Sukzession erhalten haben, die sie als rechtmäßige Nachfolger der Jünger Jesus auszeichnen. Die russisch-orthodoxe Kirche – wie bereits dargestellt – hat eine tausendjährige Geschichte und ihre Wiege ist Kiew, wo die kollektive Bekehrung der Rus zum Christentum stattfand. Eine kirchliche Abspaltung von Moskau wird von vielen Gläubigen als Sektierertum verstanden. Dabei ist die ethnische Zugehörigkeit zwischen Ukrainern und Russen schwer zu bestimmen. Neben kleineren nationalen Minderheiten leben in der Ukraine rund 12 Millionen Russen. So hat die UOK-MP als Vertreterin des Moskauer Patriarchats in der Ukraine eine natürliche, national zu definierende Basis. Sie fungiert damit auch für andere Nationalitäten sogar als „gemeinsamer Nenner“. Und nicht zuletzt ist wichtig: Die russisch-orthodoxe Kirche ist die weitaus größte autokephale orthodoxe Kirche und genießt daher in der übrigen christlichen Welt ein entsprechend hohes Ansehen. „Autokephal“ bedeutet hier: Diese Kirche verwaltet nicht nur ihre Angelegenheiten autonom, sondern hat das Recht, selbst ihr geistliches Oberhaupt zu bestimmen.

#### **Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche (UAOK)**

Die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche (UAOK) ist in der Zeit nach der Oktoberrevolution 1920/21 entstanden als bewusste Abspaltung von der russisch-orthodoxen Kirche, um die Bildung eines Nationalstaates in den nichtrussischen Republiken zu unterstützen. Eine Gruppe von ukrainisch orientierten Priestern gründete entgegen orthodoxem Kirchenrecht diese Kirche und wählte einen der ihren zum Metropoliten, um sich von der russischen orthodoxen Kirche zu distanzieren, die unter der Zarenherrschaft die einzige anerkannte orthodoxe Kirche in der Ukraine war. Nach kurzer Zeit wurde die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche (UAOK) in der UdSSR verfolgt. Überleben konnte sie nur in der Emigration. In Nordamerika befanden sich Bischöfe, Priester und Gläubige dieser Kirche unter der kirchlichen Oberhoheit des ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, der zwar eine Vorrangstellung in der Orthodoxie, aber nur wenig reale Macht hat. Mit der Perestrojka und dem absehbaren Ende der Sowjetunion wurde diese Kirche sofort in der Ukraine wieder gegründet. Sie hat ihre Gemeinden vor allem im Westen des Landes und zeichnet sich durch eine deutlich antirussische Haltung aus. Mehrere Streitigkeiten und Konflikte, in denen es nie um theologische Fragen ging, sondern handfest um alte Ansprüche auf Ländereien, Kirchen und Klöster, haben in den letzten Jahren zu weiteren Spaltungen in der UAOK geführt.

#### **Ukrainische Orthodoxe Kirche, Patriarchat Kiew (UOK-PK)**

Die Ukrainische Orthodoxe Kirche-Patriarchat Kiew (UOK-PK) ist im Juni 1992 entstanden und bedeutet einen bewussten, jedoch kirchenrechtlich zunächst unrechtmäßigen Schritt in Richtung kirchenpolitischer Loslösung vom Moskauer Patriarchat. Wiederum geht es weder um Liturgie noch Lehrmeinungen. Wie die UAOK, will die UOK-PK in der unabhängigen Ukraine eine autokephale, d.h. selbstständige orthodoxe Kirche mit einem eigenen Patriarchen etablieren. Zu den konkreten Anstößen dieser Neugründung gehörte, dass der noch der Moskauer Jurisdiktion unterstehende Metropolit von Kiew, Filaret (geb. 1929), vom Heiligsten Synod der russisch-orthodoxen Kirche seines Amtes enthoben und zum einfachen Mönch degradiert wurde. Filaret strebte mit entsprechenden Gesuchen eine kirchenrechtlich anerkannte Autokephalie bereits seit Ende 1991 an. Er machte sich so eine allgemeine Idee kirchlicher und nationaler Selbständigkeit vieler orthodoxer Ukrainer zu eigen und wurde zu jener Zeit vom Moskauer Patriarchat zunächst in Kiew belassen. Und das obwohl seine Korruption und Kollaboration mit dem KGB bekannt waren und sein unmoralischer Lebenswandel in den Medien breitgetreten wurde. Er hatte als Exarch der russisch-orthodoxen Kirche (ROK) rund 30 Jahre lang die ROK in der Ukraine verwaltet. Nun folgten ihm einige Bischöfe bei der eigenmächtigen Gründung einer neuen orthodoxen Kirche in der Ukraine. Mit Rückhalt einiger Parlamentsabgeordneter fand am 25./26. Juni 1992 eine Vereinigungssynode dieser Schismatiker mit einem Großteil des UAOK-Episkopats statt, die die UOK-PK begründete. Dieser Vorgang wurde kirchenrechtlich nicht anerkannt. Der ethnische Ukrainer Mychajlo Denysenko trägt nun den Titel „Patriarch von Kiew und der ganzen Rus-Ukraine“. Das soll den historischen Anspruch der UOK-PK untermauern.

Der Erfolg der UOK-PK beruht darauf, daß sie sich als ukrainische Nationalkirche versteht, die nach ihrem Selbstverständnis einen seit Ende des 17. Jahrhunderts überfälligen historischen Anspruch erfüllt. Dies verschafft ihr die Anhängerschaft der national denkenden Ukrainer und Nationalisten, die eine unabhängige orthodoxe Kirche parallel zum unabhängigen Staat wollen. Die Präsidentschaft Kravčuks, er war 1991 bis 1994 der erste Präsident der Ukraine, sicherte der UOK-PK Kirchenbesitz, Ländereien und eine positive Berichterstattung in den Medien zu. Gleichzeitig wird von ihr die UOK-MP als Moskaus „fünfte Kolonne“ diffamiert. Den Alleinvertretungsanspruch als

ationale ukrainische orthodoxe Kirche ist verbunden mit dem Feindbild, das von der russisch-orthodoxen Kirche gezeichnet wird. Diese wolle eine autokephale orthodoxe Kirche in der Ukraine verhindern.

Natürlich hat der Kirchenstreit eine starke politische Komponente, indem Moskau mittels der UOK-MP Einfluss auf Kiew und die Ukraine behalten und ausüben möchte. Weltweit hat die russisch-orthodoxe Kirche (ROK) heute etwa 18 000 Gemeinden. Natürlich würden Macht und Ansehen des Patriarchen der ROK in Moskau sinken, wären alle orthodoxen Gläubigen in der Ukraine, die immerhin ein Drittel der Weltorthodoxie ausmachen, in einer eigenständigen autokephalen Kirche vereint. Auf mehr als 9 000 Gemeinden hätte das Moskauer Patriarchat keinen jurisdiktionellen Anspruch mehr. Verbleiben würden ihm in Russland nur noch 7 000 Gemeinden. Außerdem würde man mit Kiew, so sieht sich das Moskauer Patriarchat selbst, seine historischen Wurzeln und die Wiege der eigenen Orthodoxie verlieren.

#### Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche (UGKK)

Einen wichtigen Faktor im religiösen Leben der Ukraine stellt die Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche (UGKK) dar. Sie stammt aus dem ausgehenden 16. Jahrhundert. Damals ging im Zuge der Gegenreformation ein Teil der orthodoxen Bischöfe eine so genannte Union mit der römisch-katholischen Kirche ein. 1595 unterschrieb

Papst Clemens VIII. die Unionsbulle. Dabei erhielt sie das Recht auf die Beibehaltung der eigenen Bräuche, der Liturgie und der Kirchendisziplin. Sie brauchten nicht die lateinische Messe zu übernehmen. Der Oberhoheit des Papstes mussten sie sich aber unterwerfen. Und damit hatte der Westen inmitten der Ukraine einen Einflussbereich, den das römisch-katholische Polen und Österreich nutzen konnte. Für die katholische Kirche wie für das polnisch-litauische Reich schien sich durch diese Union ein alter Traum erfüllt zu haben. Man glaubte, auf diese Weise die eigenen Untertanen dem Einfluss des östlichen Nachbarn entziehen und zugleich eine Missionierung gegenüber Moskau einleiten zu können. Das Haupt der Unierte Kirche erhielt deshalb in Parallelität zum Moskauer Patriarchat den anspruchsvollen Titel „Archiepiscopus Metropolita Kioviensis et Haliciensis ac totius Russiae“. Der Name „unierte Kirche“ wird allerdings von den Betroffenen selbst als diskriminierend verstanden. Nach wechselhaftem Schicksal und Verboten konnte diese Kirche seit 1990 wie-

der legal existieren; heute ist sie in Galizien die vorherrschende Kirche. Von den Orthodoxen wird ihr vorgeworfen sie sei durch „Verrat“ am Glauben der Väter entstanden ist. In der UGKK ist seit dem 19. Jahrhundert das ukrainische Nationalbewusstsein stark kultiviert worden. Auch heute vertritt sie eine deutlich antirussische Haltung und auch sie beruft sich auf eine „Tradition der Kirche von Kiew“.

#### Römisch-katholische Kirche

Schließlich gibt es noch die römisch-katholische Kirche selbst. Sie ist vor allem im Westen der Ukraine präsent. Besonders unter Menschen polnischer Abstammung ist sie stark. Die römisch-katholische Kirche bemüht sich darum, betont ökumenisch, als Teil der Weltkirche zu erscheinen. Aber sie hat das Image einer „polnischen Kirche“. Zwischen den Hierarchien der griechisch-katholischen und der römisch-katholischen Kirche bestehen keine besonders engen Beziehungen, die öffentlich wirksam sind, obgleich sie ja beide katholisch und Rom unterstellt sind.

Karl-Helmut Lechner

#### Quellen:

Tamcke, Martin, „Das orthodoxe Christentum“, München 2004

Nachrichtenabteilung der UGKK:

[http://news.ugcc.org.ua/de/photo/seine\\_seligkeit\\_svatoslav\\_shevchuk\\_weihte\\_das\\_ukrainische\\_volk\\_unter\\_den\\_schutz\\_der\\_gottesmutter\\_69043.html](http://news.ugcc.org.ua/de/photo/seine_seligkeit_svatoslav_shevchuk_weihte_das_ukrainische_volk_unter_den_schutz_der_gottesmutter_69043.html)

Salmon, Benedikt, „Die ukrainischen orthodoxen Kirchen“, <http://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/4711>

Golczewski, Frank (Hg.), „Geschichte der Ukraine“, Göttingen 1993

Gogol, Nikolai Wassiljewitsch, „Betrachtungen über die göttliche Liturgie“, Würzburg 1989



Horst Groschopp u. Eckhard Müller: *Letzter Versuch einer Offensive*. Der Verband der Freidenker der DDR (1988 – 1990). Ein dokumentarisches Lesebuch. 263 S. m. Abb. kart. Schriftenreihe der Humanistischen Akademie Berlin-Brandenburg Bd.8. Alibri-Verlag. Aschaffenburg 2013. 22,- Euro. ISBN 978-3-86569-171-2

## Über die anderthalbjährige Geschichte der DDR-Freidenker

Die Geschichte der DDR-Freidenker (Verband der Freidenker – VdF) währte nur gut eineinhalb Jahre – von der Initiierung „von oben“ im Herbst 1988 über die offizielle Verbandsgründung im Juni 1989 und ihrem organisatorischen Ende im Sommer 1990. Danach verlieren sich die Spuren ihrer etwa 12 000 Mitglieder und lokalen Organisationen im Nirgendwo bzw. durch individuelle Übertritte in Westberliner oder westdeutsche Verbände (DFV-Sitz Dortmund und DFV-Sitz Berlin, nachmalig HVD).

Im Frühjahr 1990 wurde am sogenannten Runden Tisch von klerikal inspirierten „Bürgerrechtlern“ über die DDR-Freidenker das Verdikt „Stasi-Organisation“ verhängt. Mit verhängnisvollen Folgen bis heute, sowohl für die ehemaligen VdF-Mitglieder und auch für die Verbände, in die viele

VdF-Freidenker nach 1990/91 eingetreten sind.

Mehr als 20 Jahre nach dem Ende dieser wenig bekannten und zumeist mißgedeuteten Organisation haben nun Horst Groschopp und Eckhard Müller ein sparsam kommentiertes Lesebuch mit dem Titel „*Versuch einer Offensive*“ vorgelegt, in dem sie mehr als 70 zeitgenössische Dokumente für sich sprechen lassen. Zumeist sind es aber Dokumente Dritter, da die Archive des VdF weitgehend verschollen sind.

Zunächst skizziert Horst Groschopp die schwierige Neugründung und Entwicklung der Freidenker in Deutschland-West und -Ost nach 1945 und stellt kurz die verschiedenen Organisationen in den westlichen Besatzungszonen und der Bundesrepublik Deutschland und in Westberlin vor. Er geht auch darauf ein, warum es in der

Sowjetischen Besatzungszone und der DDR zu keiner Wiedergründung des Deutschen Freidenker-Verbandes kam und räumt dabei auch mit dem Fehltritt auf, daß es hierfür ein Verbot gegeben habe. Nein, die politische Führung sah dafür keine Notwendigkeit mehr, weil die Kernthemen der Freidenker (Trennung von Staat und Kirche, Trennung der Schule von der Kirche) hier realisiert worden seien und weil sich der Staat auch als Kultur-Staat verstand... Und in der DDR haben letztlich Verabredungen mit Klerikern aus der Zeit des Nationalkomitees Freies Deutschland nachgewirkt; Stichwort „religiös-weltanschaulich neutraler Staat“, der sich weder für noch gegen eine Religion oder Weltanschauung aussprach...

Warum aber kam es dann – nach Jahrzehnten ohne organisierte Freidenker – Ende 1988 völlig unerwartet zu einem SED-Politbüro-Beschluß, einen DDR-Freidenkerverband zu gründen? Groschopp geht dieser Frage in seinem 30-seitigen Beitrag „Notgeburt per vertraulicher Schlußsache“ nach und versucht hier Antworten zu finden. Ausführlich geht er auf die sich schon in der Gründungsvorbereitung auftuenden Probleme ein: Was sollte der Verband sein und was nicht? Welche Erwartungen hegten die politische Führung, welche durchaus interessierte Bürger, welche die Kirchenleitungen und welche bereits damals westdeutsche Institutionen? Welche Prognosen stellten gerade die beiden letztgenannten Stellen an?

Ausführlich geht der Autor auf die Folgen des „Runden Tisches“ vom 12. März 1990 ein. Seither gelten die DDR-Freidenker als Kirchenfeinde und als „Stasi“, und diese Saat ging auch auf westdeutsche säkulare Organisationen

griffen dieses Verdikt unkritisch auf, distanzierten und distanzieren sich bis heute von den DDR-Freidenkern. Groschopp dazu: „Urteile in der ‚Wende‘ haben sich tradiert bis in die Gegenwart. Alle den VdF betreffenden Vorgänge, seine Aktivitäten entziehen sich seit diesem 12. März 1990 oft jedem sachlichen Urteil. Nahezu jede Erwähnung wird mit tiefem Mißtrauen bedacht, auch innerhalb der ‚Szene‘ selbst. Freidenker werden stärker verurteilt als die ganze DDR.“ (S. 54)

Warum wohl? Darüber kann man aus heutiger Sicht nur Vermutungen anstellen. Möglicherweise, weil westdeutsche Politik und Kirchenführungen in organisierten Freidenkern die einzig reale Widerstandskraft gegen ihre Klerikalisierungs- und Missionierungsbemühungen im säkularisierten Osten sahen, weil ein Freidenkerverband als sogenannter „Freier Träger“ ein starkes Hindernis auf dem Wege der kirchlichen Monopolisierung bisher kommunaler sozialer Einrichtungen hätte sein können.

Insgesamt resümiert Groschopp: „So zu tun, als habe es auch hier die DDR nie gegeben, behindert strategische Überlegungen, zu denen immer auch historische Verortungen gehören.“ Groschopp und Müller bitten in diesem Zusammenhang ihre Leser auch, ihnen bei der Suche nach regionalen und lokalen VdF-Dokumenten zu helfen bzw. sich als Zeitzeugen zur Verfügung zu stellen. Denn dieser Dokumentenband könne nur ein Anfang kultur-historischer Forschung sein.

Ergänzt werden diese Dokumente durch Groschopps eigene Papiere aus VdF-Zeiten, z.B. zur Kulturarbeit, Fest- und Fei ergestaltung. Er wie auch Professor Dietrich Mühlberg zogen sich bereits im Sommer 1990 aus der

VdF-Arbeit zurück. Warum, das erschließt sich neben Groschopps eigenen Dokumenten auch aus einem von ihm mit Mühlberg geführten Interview aus dem Jahre 1998.

Und was hat es nun dem Stasi-Verdikt auf sich, mit dem am 12. März 1990 wie aus dem Hut gezauberten „Stasi-Befehl“ auf sich? Wenn man dieses auf den Seiten 93 bis 95 im vollen Wortlaut abgedruckte Dokument (Brief an alle Dienstseinheiten des MfS: Bildung des Verbandes der Freidenker in der DDR) unvoreingenommen liest, und vor allem in Kontext mit fast gleichlautenden und früher datierten Briefen z.B. der SED-Zentrale an die 1. Sekretäre ihrer Bezirksleitungen, dann geht daraus klar und eindeutig hervor: Der angebliche MfS-Befehl ist nichts anderes als eine interne Information über einen zuvor gefällten Parteibeschuß, der übrigens auch nicht vom Politbüro-Mitglied und Staatssicherheitsminister Erich Mielke eingebracht worden war.

Nach der Lektüre aller Dokumente über den VdF und ihrer Analyse durch die Autoren kann man deren Schlußfolgerung durchaus zustimmen: „Dessen Gründung stellt sich als letzter Versuch der SED dar, zu einer innenpolitischen Offensive zu kommen – zwischen antikirchlichem Stoßtrupp und Organisation von Lebenshilfe.“ Wobei sich wohl die wenigsten seinerzeitigen VdF-Mitglieder (zu denen auch der Rezensent gehört) als „antikirchlicher Stoßtrupp“ verstanden haben... Dennoch, dieses Lesebuch unterbreitet erstmals ein (und noch dazu fundiertes) Angebot, die damaligen Vorgänge ohne Scheuklappen zu bewerten und ihren Platz in der deutschen Freidenkergeschichte zu finden.

*Siegfried R. Krebs*

## Indien – Ein Land in mehreren Jahrhunderten

Mitte Februar 2014 wurde das dreijährige Bestehen des Auslandsbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Neu Delhi in Form einer Eröffnung feierlich begangen. Carsten Krinn ist seit Januar 2010 für die Stiftung vor Ort und hat das neunköpfige hochmotivierte Team aufgebaut. Ein dreitägiges Seminar zu vielfältigen Widerstandsformen gegen neoliberale Entwicklungen umrahmte die Feierlichkeiten.

Aus Berlin war die Vorstandsvorsitzende Dagmar Enkelmann mit einem Team aus dem ZID angereist. Die Länder waren durch Stephan Krull sehr gut vertreten. Einen ersten Höhepunkt gab es am ersten Seminarabend, als Noor Zaheer & Group ein Theaterstück zu Rosa Luxemburg aufführten. Junge Studenten bereiteten sich darin auf

Straßendemonstrationen vor und debattierten ihre [Rosas] Aussagen. Immer wieder meldete sie sich – quasi aus dem Off – mit Auszügen aus Schriften und Briefen zu Wort. Die Zuschauer waren beeindruckt von der Aktualität ihrer Gedanken und dem Engagement des jungen Teams.

Am Dienstag wurde der feierliche Eröffnungsabend mit einer Diskussion der ehemaligen Finanzminister von Kerala (Südindien) Isaac Thomas und Helmuth Markov aus Brandenburg mit viel Verve und einer spannenden Diskussion eingeleitet.

Im Seminar durchwoben sich lebendige Aspekte und Widerstandsformen von Parteien auf der kommunalen Ebene (u.a. Ulrike Detjen, ebenfalls Vorstand, zur Kommunalpolitik der

Linken), von Kulturaktivisten (Kunst, Theater etc.) und soziopolitischen Zentren (wie beispielsweise das Peter Weiss Haus aus Rostock).

Schwerpunkte des Regionalbüros Südasiens, das für Indien, Nepal, Bangladesch und Sri Lanka zuständig ist, sind Fragen der Arbeitswelt (insbesondere zu prekären Arbeitsverhältnissen), Agrarfragen (mit Fokus auf die Möglichkeiten kleinbäuerlicher Landwirtschaft) und Konzepte linker Praxis in Südasiens. Informationen zum Büro und zur Region finden sich auf der Website der Stiftung.

### Ein kurzer Bericht von Ulrike Detjen

Gleich bei der Ankunft am Sonntagmorgen, 9. Februar, empfing mich der



Das RLS-Team in  
Neu Delhi und Gäste  
aus Deutschland

Geruch von Neu Delhi, der mich die ganze Zeit nicht verlassen hat: staubig und nach Holzfeuer riechend. Bereits auf der Fahrt vom Flughafen zum Hotel wurden die ungeheuer großen sozialen Unterschiede deutlich – Menschen, die am Rande der Autobahn lebten, moderne SUV, Tuktuks, Fahrraddrikschas. Bei den kurzen Besichtigungen hatte ich den Eindruck, dass diese Stadt gleichzeitig in mehreren Jahrhunderten lebt: Gärtner, die in einem Zelt im Park mit offenem Holzfeuer leben, neben modernsten Gebäuden, traditionelle Bazare neben hochmodernen Geschäften, Straßenköche und edle Restaurants, bettelnde, obdachlose Kinder und Kinder in Schuluniform auf dem Schulausflug; ein lebhafter Verkehr – Rom ist nichts dagegen – mit viel Gehepe, aber einer erstaunlichen Gelassenheit – und trotz der großen sozialen Unterschiede wenig öffentlich sichtbare Gewalt, kein Raub, keine Diebstähle.

In der Konferenz zur Eröffnung des RLS-Regionalbüros wurden diese Eindrücke fundiert durch die Vorträge der Referentinnen und Referenten. Die Eingriffsrechte der Provinzregierungen gegenüber den Kommunen sind stark – die kommunalen Rechte entsprechend schwach. Mittelzuschüsse der Provinzregierung und der Bundesregierung sind meist an die Bedingung Privatisierung öffentlicher Einrichtungen gebunden. Trotz bestehender Stadtentwicklungspläne findet wenig politisch gesteuerte Stadtentwicklung statt. Die Folge ist: Der Wohnungsbau für arme Menschen ist völlig unterentwickelt, in Neu Delhi leben ca. 150 000 Menschen auf der Straße, zehntausende in illegalen Siedlungen und auf den Müllbergen vor der Stadt.

Flächennutzung bleibt privaten und gewerblichen Investoren vorbehalten.

50 bis 60 % der Bevölkerung haben keinen Zugang zu öffentlichen Einrichtungen, ein großer Teil verfügt nicht einmal über eine regelmäßige Wasserversorgung, so dass die Kommunalpolitik inzwischen eine kostenlose Mindestmenge Wasser für alle Bewohner diskutiert. Die Antwort neoliberaler Politiker ist, das würde nur zur Verschwendung führen – wenn das Wasser nichts kostet, würden die Leute es nicht effizient nutzen. Das ist das gleiche Argument, das wir in der Bundesrepublik hören, wenn es um eine garantierte Mindestmenge Strom geht. Dabei ist sichtbar in der Stadt, dass diejenigen, die ihre Parks und Gärten wässern, viel mehr Wasser verbrauchen, als alle Menschen, die auf der Straße leben, je nutzen würden.

Die Antworten der Vertreterinnen und Vertreter der indischen Linken auf diese Probleme sind unterschiedlich – von Bemühungen, über Graswurzelgewerkschaften die Arbeiter nicht parteigebunden zu organisieren, Demonstrationen und Streiks unter der Führung jeweils einer Partei bis zu beeindruckenden, selbstorganisierten Zentren für Gesundheitsversorgung und Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen. Dennoch ist auffällig, dass die traditionellen Organisations- und Kampfmethoden der linken Parteien gegenüber dem international organisierten, neoliberal agierenden Kapital zumindest unzureichend sind. Erkennbar war für mich, dass sowohl die CPI wie auch die CPI (M) die Debatte über die Gründe für ihre Niederlagen bei den Provinzwahlen noch nicht abgeschlossen haben. Obwohl beide Parteien hunderttausende Menschen zu

Demonstrationen und Streiks organisieren können, schlägt sich das nicht mehr in Wählerstimmen nieder. Der Lernprozess, Erfolge aus der Opposition heraus zu erringen, ist schmerzhaft. Undeutlich blieb bei den Vorträgen, wie diese Organisationen mit dem riesigen informellen Sektor umgehen – welche Angebote sie in den Städten für diejenigen haben, die keine ordentlichen Arbeitsverträge haben, sondern ihren Lebensunterhalt als Straßenhändler, Hausbedienstete, Tagelöhner verdienen müssen.

Der Bericht über die Lokalradios in Nepal zeigte einen anderen Weg – im ländlichen Raum bieten die Lokalradios den Menschen die Möglichkeit, selbst tätig zu werden, ihre eigenen Probleme und Bedürfnisse öffentlich anzusprechen, zu diskutieren und sich selbst zu organisieren. Und das mit einem verhältnismäßig preisgünstigen Verfahren. In den Bergtälern ist die ländliche Bevölkerung von anderen Kommunikationsmitteln weitgehend abgeschnitten, das Lokalradio bietet die Möglichkeit, dies zu überwinden. In diesem Vortrag fiel der imponierende Satz: „Die Armen sind die Überlebenskünstler.“

Das gesamte Programm war bemerkenswert – die Eröffnung und dem ergreifenden Theaterstück „Rendezvous mit Rosa“ sowie die Vorträge, die verschiedene Blicke auf die Wirkungen des Neoliberalismus zeigten. Der Besuch der Frauenorganisation National Federation of Indian Women hat mir nach den eher parteizentrierten Vorträgen gezeigt, dass es insbesondere bei den Frauenorganisationen Bemühungen gibt, über die Parteigrenzen hinweg zusammenzuarbeiten.

Ulrike Detjen

## Inhalt

### Aktuell

#### Befall kann töten: Verbal abrüsten! 2

Der frühere Generalinspekteur Harald Kujat sieht militärische Impotenz

#### Linke-Bundestagsfraktion uneins über Fregatteneinsatz 3

Brief von Paul Schäfer an die Bundestagsfraktion Die Linke

#### Stimmenzuwachs für die kurdische BDP – AKP 4

#### Wahlsieger, aber verfehlt absolute Mehrheit Wahlmanipulationen 5

#### Paraguay: Große Beteiligung am Generalstreik 6

#### Auslandsnachrichten 6

Norwegen: Unterstützung nach sechsmonatigem Streik • Belgien: Weitere Angriffe auf Hafenbeschäftigte • Schweiz: Gegen Franchise in der Betagtenbetreuung • Türkei: Entlassungen wegen Gewerkschaftsmitgliedschaft • Swaziland: Gewerkschaft setzt sich mit Streik durch • Katar: 4000 Tote bei Bauarbeiten befürchtet • Kambodscha: Streikmaßnahmen geplant • USA: Shuttle-Fahrgäste kämpfen um Arbeitsplätze • Brasilien: „Bei der WM wird gekämpft“

#### Aktionen ... Initiativen 8

Sonne und Wind statt Fracking, Kohle und Atom! • Atomtransporte stoppen – Kein Castor nach Gorleben oder anderswo! • „Mitverantwortung für Kriegsgräuere nicht aufgearbeitet“ • Paritätische Studie belegt drastische Defizite bei Hilfen für Langzeitarbeitslose • „Zahlt uns endlich Entschädigung!“ • Ukraine-Konflikt wird wichtiges Thema bei den Ostermärschen • Runder Tisch zur Schulzeitverkürzung – Ministerin Löhrmann gerät unter Druck

#### Mannheim: Die BuGa-Verträge sind beschlossen 10

#### Zweiter Anlauf, aber immerhin: Die Linke. 11

#### Essen stellt pluralistische Liste zum Rat auf 11

#### Wechselnde Mehrheiten im Münchner Stadtrat 12

#### Kommunale Politik 14

SPD fährt alles an die Wand: Hamburg. • „Bottrop bilanziell bankrott?“ • 148 Flüchtlingskinder in Köln besuchen keine Schule: Köln. • Gegen die Werbefensive der Bundeswehr an den Schulen: Kassel. • Den Hahn abgedreht, die Steckdose abgeklemmt: Bremen.

#### „Die Bildung gehört uns“ 15

#### Soziale Komponente durchgesetzt 15

#### Wirtschaftspresse 16

#### „Spirituelle Einheit“ oder Bruchlinien einer Nation – Die orthodoxen Kirchen in der Ukraine 17

#### „Wer Kiew hat, kann Russland zwingen!“ 18

Deutsche Herrschaft in der Ukraine 1918 bis 1919

#### Über die anderthalbjährige Geschichte der DDR-Freidenker 21

#### Indien – Ein Land in mehreren Jahrhunderten 22

Wir hatten berichtet, dass sich in Österreich ein linkes Bündnis zur Europawahl gebildet hat, an dem sich die KPÖ, die Piraten, die linkssozialdemokratische Gruppierung Wandel sowie Unabhängige, unter ihnen der bisherige Europaabgeordnete Martin Ehrenhauser, beteiligen. Jetzt hat das Bündnis die formale Voraussetzung geschaffen, die Beibringung von Unterstützungserklärungen. Das Bündnis Europa Anders bezieht eine ganz klare proeuropäische Position, was es deutlich von der stark antieuropäischen Rechten in Österreich (FPÖ) unterscheidet.

## Österreich: „2600 Wünsche nach einem anderen Europa“

WIEN, 9.4. – Jetzt ist es fix: Am 25. Mai kann man ein anderes Europa wählen“, verkündet Martin Ehrenhauser, Spitzenkandidat von Europa Anders, bei der Abgabe von über 2600 Unterstützungsunterschriften im Innenministerium in Wien.



Ehrenhauser: „Wir sind in ganz Österreich zu Hause! Und wir sind die einzigen, die sich die Unterstützung in der Bevölkerung geholt haben. Denn tausende Menschen im ganzen Land wollen Europa Anders – alles Andersdenkende.“ so Martin Ehrenhauser voller Stolz.

Unter starkem Medieninteresse übergab die Wahlallianz aus der KPÖ, den Piraten, dem Wandel und Unabhängigen anschließend den hohen ‚Papierstapel‘ dem Innenministerium. „Jede einzelne dieser Unterschriften ist ein Zeichen für den Wunsch nach einem Europa der Menschen, statt der Banken und Konzerne!“, so Ehrenhauser.

Der Spitzenkandidat bedankte sich bei den anwesenden Aktivistinnen und Aktivisten der Wahlallianz sowie bei allen Unterstützern: „Dank euch steht Europa Anders am Stimmzettel!“

### EU-Kritik kann auch vorwärtsgewandt sein!

WIEN, 4.4. – „In Österreich wird oft dargestellt, EU-Kritik sei immer rechts und konservativ. Das muss sie aber nicht sein, sie kann auch vorwärtsgewandt und modernisierend sein“, sagte Martin Ehrenhauser Donnerstagabend in seinen Eröffnungsworten der SpitzenkandidatInnen-Konfrontation im Haus der Europäischen Union.

Der Spitzenkandidat der Wahlallianz Europa Anders erklärte: „Man

muss unterscheiden zwischen der Idee eines gemeinsamen Europas, die wir unterstützen, und ihrer realpolitischen Umsetzung: der heutigen Europäischen Union. Diese kritisieren wir sehr stark. Aber im Gegensatz zu anderen möchten wir einen Schritt vorwärts gehen: Wir möchten die EU solidarischer und gerechter gestalten und modernisieren“, beschrieb er die Positionierung von Europa Anders.

„Diese EU ist ein elitäres Top-Down-Reißbrettprojekt“, kritisierte Ehrenhauser. „Es gibt eine Fülle von Möglichkeiten, wie wir die EU endlich vernünftig gemeinwohlorientiert und demokratisch umbauen.“ Er zählte auf: „Die Standortkonkurrenz innerhalb der EU ist in zentrales Problem. Wir müssen eine Harmonisierung der Steuer- und Lohnpolitik vorantreiben. Zur Demokratisierung wollen wir den Rat abschaffen und ein echtes Initiativrecht für das europäische Parlament einführen. Wir brauchen mehr direkte Demokratie in der EU, die Menschen sollen auch den Kommissionspräsident direkt wählen können.“

Außerdem sprach sich Ehrenhauser entschieden gegen das Freihandelsabkommen TTIP aus, mahnte die Wichtigkeit der Wahrung digitaler Grundrechte ein und betonte Europas Verantwortung für Menschen aus ärmeren Regionen, die auf dem Weg in die EU umkommen: „Wir haben den Wohlstand, den wir genießen dürfen, über Jahrhunderte auf der Armut der Länder in der Dritten Welt aufgebaut.“

Von Co-Moderator Johannes Voggenhuber nach dem nationalen Interesse Österreichs in der EU befragt, hob Ehrenhauser den paneuropäischen Blickwinkel der Wahlallianz hervor: „Ich solidarisiere mich mit all jenen Leuten, die von der Austeritätspolitik betroffen sind – egal, ob sie in Österreich, in Griechenland oder sonst wo leben. Wir verstehen uns als Teil einer großen weltweiten Bewegung von Leuten die sehen, dass die Welt immer ungerechter wird. Mit diesen Leuten, die Sehnsucht haben nach mehr Gerechtigkeit, fühle ich mich verbunden – völlig egal, wo sie zuhause sind.“ [www.europaanders.at](http://www.europaanders.at)

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 15. Mai 2014.

Redaktionsschluss: Freitag, 9. Mai.

Artikelvorschläge und Absprachen über [pb@gnn-verlage.de](mailto:pb@gnn-verlage.de).

Die weiteren Erscheinungstermine 2014:

23. Juni, 17. Juli, 14. August, 18. September, 16. Oktober, 13. November, 11. Dezember.